



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Telgter Bürgerinnen und Bürger.

Anti-Nazi-Demo, Haushalt, Neuwahlen, in Telgtes Politik boxt der Papst im Kettenhemd und das Jahr hat noch gar nicht richtig angefangen. Die Tagespolitik ist da noch gar nicht erwähnt und neue Themen brennen unter den Nägeln.

Was machen die Grünen in so einer Situation als erstes? Na klar, sie schreiben ein Pöggskén, damit Sie verehrte/r Leser/in sich einen Augenblick der Muße gönnen und vergangene und neue, große und kleine Wichtigkeiten noch einmal Revue passieren lassen können. Wir entführen Sie einmal mehr in die grüne Gedankenwelt und reden darüber, was wir gut finden, was nicht ganz so sehr, wie wir uns die weitere Entwicklung in Telgte und dem Rest der Welt vorstellen und wie wir das angehen wollen.

Also kommen Sie mit uns und schauen Sie und staunen Sie. Sie dürfen sich auch etwas wünschen.

Apropos wünschen: Wir wünschen uns endlich eine stabile rot-grüne Regierung ab dem 6. Mai. Der Koalitionsvertrag ist schon unterschrieben, jetzt muss gewählt werden. Und Ihnen wünschen wir einen fröhlichen und bunten Wahlkampf, aber jetzt erst mal ein wenig Ruhe mit dem neuen Pöggskén. Sie werden nicht lange auf das nächste warten müssen.

Ihre Pöggskén-Redaktion



Gemeinsam gegen Rechtsradikalismus

Telgter Bürgerinnen und Bürger setzen starkes Signal

Bei trockenem Wetter und mit viel Entschlossenheit setzten am ersten Samstag im März etwa 300 Telgterinnen und Telgter ihre Stimme ein und ihre Füße in Bewegung und gaben bei einer Demo durch Telgtes Innenstadt rechtsradikalem Gedankengut eine klare Abfuhr.

Das breite Telgter Bündnis, das die Demonstration anlässlich des Aufmarsches der „Nationalsozialisten Münster“ in Münster angemeldet hatte, setzt sich aus Privatpersonen, Vereinen und allen im Rat vertretenen Parteien zusammen. Das gemeinsame State-

ment der Telgter: „Telgte ist bunt. Entschieden gegen braunes Gedankengut.“ Unter diesem Motto startete der Demonstrationzug vom Marktplatz zur Kundgebung vor dem Rathaus.

Durch die vier abwechslungsreichen Redebeiträge, die mit

viel Beifall belohnt wurden, bekam die Kundgebung einen zwischendurch nachdenklichen, aber auch ausgelassenen und bunten Charakter.

Karl-Heinz Greiwe, als erster Redner und stellvertretender Bürgermeister, sprach für die

(Fortsetzung auf Seite 5)

Haushalt 2012

Gewaltfreies Zähne-knirschen im Rathaus

Möglicherweise hat die Parlamentsauflösung am Vortag der Haushaltssitzung allen klar gemacht, dass sie in den nächsten zwei Monaten eine Menge zu tun haben werden und so dazu beigetragen, dass die ganz großen Grabenkämpfe in den Verhandlungen

nicht ausgebrochen sind. Vielleicht herrscht auch (fast) Einigkeit darüber, dass Telgte sich derzeit auf einem guten Weg befindet. Die 51 Anträge wurden in der achtstündigen Marathonsitzung jedenfalls zwar in der Sache hart, aber in kollegialer Atmosphäre ver-

handelt. Entsprechend das Ergebnis: Auch wenn in einzelnen Punkten allen beizustimmen war, empfahl der Ausschuss den Entwurf mit den beschlossenen Änderungen bei nur einer Gegenstimme (FDP) dem Rat zur

Verabschiedung. Sollte sich diese streitbare aber konstruktive Arbeitsweise über das Jahr halten, könnte 2012 ein Meilenstein auf Telgtes Weg werden. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden!

g.k.

Haushalt

Mobilität

Windenergie

Schulentwicklung

2012 ok, aber dann ...

Seite 11

Möbilitätskonzept der Zukunft nur mit dem Auto?

Seite 7

Wind in großer Höhe die bessere Alternative?

Seite 9

Eine Sekundarschule für Telgte ...

Seite 2

Sekundarschule in Telgte

Der Weg für Telgte?

Immer wenn das Thema Entwicklung der weiterführenden Schulen auf die Tagesordnung kommt, läuft die Diskussion Gefahr, die sachliche Ebene zu verlassen und nur noch emotional geleitet geführt zu werden.

Warum das so ist, hat vielfältige Gründe und es wäre noch einmal spannend, hier genauer hinzusehen.

Im Rahmen dieses Artikels möchte ich aber vorrangig darauf blicken, welche Schulentwicklung in Telgte überhaupt möglich ist und den jüngst eingebrachten Vorschlag der Konzeptentwicklungsgruppe einer Prüfung unterziehen.

Die Schullandschaft überall, auch in Telgte, wird sich verändern, das steht fest!

Die Frage ist lediglich, ob es der Politik und den Telgter BürgerInnen gelingt aktiv auf die Veränderungsprozesse Einfluss zu nehmen, oder nicht.

Die Gründe hierfür sind bekannt: Zum einen nehmen die Schülerzahlen, also die Zahl der Kinder, die in weiterführende Schulen wechseln, bedingt durch den demographischen Wandel stetig ab. Zum anderen ist beim Schul-

sich schon früh auf ein schulpolitisches Eckpunktepapier verständigt. Es wurde im letzten Pöggskén ausführlich vorgestellt und ist auch unter www.die-grünen-telgte.de nachseh- und lesbar.

Ziel des Eckpunktepapiers war es, unabhängig von den in Frage kommenden konkreten Schulformen, die Anforderungen an eine zukünftige weiterführende Schule in Telgte aufzulisten.

Die Forderung, dass auch in Zukunft in Telgte alle weiterführenden Schulabschlüsse möglich sein sollen, steht für die Telgter Grünen an oberster Stelle.

Als neue mögliche Schulform kam, aufgrund des Zustandskommens des schulpolitischen Kompromisses zwischen SPD, Grüne, CDU und FDP auf Landesebene, die Sekundarschule zu den bestehenden Schulformen hinzu.

Um es nochmal zu betonen: Die Sekundarschule ist eine eigenständige neue Schulform. Sie ist nicht bloß eine Zusammenfassung von Haupt- und Realschule.

Eine Konzeptentwicklungsgruppe nahm in Telgte ihre Arbeit auf. Bei der Zusam-

mensetzung der Gruppe wurde darauf geachtet, dass sowohl alle weiterführenden Schulen, die Grundschulen, als auch der Schulträger vertreten sind. Auf die Einbindung der Politik wurde verzichtet.

Mit Herrn Alois Brinkkötter (Gesamtschulleiter in Ahlen) fand man eine ebenso (fach)kompetente wie auch konsequente Person als Moderator. Schon vor Aufnahme der Arbeit der Gruppe war klar, dass aufgrund der zu-



Sekundarschulklasse

Quelle: Münstersche Zeitung

grunde liegenden Schülerzahlen in Telgte nur zwei Wege möglich sind.

Die erste Möglichkeit ist die Neugründung einer alle bisherigen Schulformen ersetzende Gesamtschule. Dieses Modell böte allen Schüler die Möglichkeit jeden Schulabschluss (von Hauptschulabschluss bis zum Abitur) in Telgte zu erlangen. Auch weitere Forderungen wie z.B. das längere gemeinsame Lernen aller Schüler wären gegeben. Vorgegeben ist, dass eine Gesamtschule als gebundene Ganztagschule zu führen ist. Das bedeutet Unterricht an mindestens drei Tagen bis 16.00 Uhr. Ein offener Diskussionspunkt wäre, ob die Möglichkeit geboten werden könnte, dass Schüler sowohl nach 8 als auch nach 9 Jahren ihr Abitur erlangen können.

Allerdings steht der große Zuspruch zum Telgter Gymnasium als ein großes Hindernis einer möglichen Gesamtschulgründung im Weg. Diese Gründung bedeutet unausweichlich das Auslaufen des Gymnasiums, also einer stark nachgefragten Schulform in Telgte.

Die Bezirksregierung in Münster hat genau aus diesem Grund signalisiert einer Gesamtschulgründung in Telgte nicht zuzustimmen.

Die favorisierte und vorgestellte Lösung der Schulkonzeptentwicklungsgruppe ist die Neugründung einer Sekundarschule in enger Kooperation mit dem Gymnasium.

Sowohl Haupt- als auch Realschule müssen auf Dauer auslaufen. Schüler mit Haupt-

bzw. Realschulempfehlung würden dann die Sekundarschule besuchen. Gleichzeitig können auch Schüler mit eingeschränkter- oder Gymnasialempfehlung auf diese Schule. Längeres gemeinsames Lernen und Unterricht nach gymnasialen Standards bieten individuelle Lösungen bis zum Abitur. Da die Sekundarschule allerdings keine eigene Oberstufe besitzt (Jahrgang 11 und 12) muss ein Übergang an das Gymnasium sichergestellt werden. Das längere gemeinsame Lernen ist in der Neukonzeption einer Sekundarschule ebenso verankert, wie der gebundene Ganztag.

Dieses mögliche neue Schulmodell wurde an mehreren Stellen bereits öffentlich vorgestellt. Die WN berichtete ausführlich hierüber und alle Grundschulleitern werden zusätzlich noch die Einladung zu einem Info-Elternabend bekommen.

Ich kann nur alle Eltern ermutigen, an den Informationsveranstaltungen teilzunehmen, um sich genau über das mögliche neue Schulmodell zu informieren.

Die größte Hürde bei der Neugründung einer Sekundarschule ist das Zustandekommen der erforderlichen Schülerzahl. Es müssen zwingend für die Neugründung der Schule 75 Anmeldungen vorliegen. Das Ministerium zeigt sich erfahrungsgemäß wenig kompromissbereit, wenn die erforderliche Schülerzahl nicht erreicht wird.

Unserer Meinung nach ist die Gründung einer Sekundar-

schule unter Beibehaltung des Gymnasiums in Telgte mehr als ein gangbarer Kompromiss. Wichtig ist aber, dass die Umsetzung des Konzeptes auch von der Politik eng begleitet wird.

Besonderes Augenmerk wird hierbei sicherlich auf die Kooperation der Sekundarschule und des Gymnasiums zu richten sein. Im Konzept lautet die Überschrift: Zwei Schulen ein gemeinsames Ziel.

Von der Elterninformation über die Lehrerkooperation bis zum sozialen Miteinander der Schüler sollen beide Schulen eng miteinander kooperieren. Unser Augenmerk wird genau auf diese Punkte gerichtet sein und kritisch konstruktiv hinterfragt, ob es gelingt.

Der Inklusionsgedanke ist im neuen Schulkonzept leider bisher nur ansatzweise berücksichtigt. Auch dieses ist noch eine Baustelle, die von der Politik eng begleitet werden will.

Sollte das Sekundarschulkonzept in Telgte scheitern, ist aber auch klar, dass wir uns mit aller Kraft für die Gründung einer Gesamtschule in Telgte einsetzen werden.

u.s.

Grüne News aus Telgte

Jede Woche aktuell und auf den Punkt!

Kostenlos per E-Mail.

Anmeldung unter gruenewelle@gruene-telgte.de



wahlverhalten der Eltern für ihre Kinder ein deutlicher Trend hin zum Gymnasium zu erkennen. Das bedeutet, über die Hälfte der Schüler und Schülerinnen, genau genommen deren Eltern, wählen nach der vierten Klasse einen Wechsel zum Gymnasium.

Die Folgen dieses Wahlverhaltens lassen sich unter anderem an der Telgter Hauptschule erkennen. Schon in diesem Jahr wird die Einzigigkeit nur knapp erreicht.

Die Grünen in Telgte haben



Grüne Ratsfraktion zu Besuch bei Münstermann

„Wir sind die Tausendfüßler unter den Anlagenbauern“ zitierte Frank Münstermann, Juniorchef der gleichnamigen heimischen Firma für Trocknungs- und Ofentechnik bei einem Besuch von VertreterInnen des Telgter Ortsverbandes und der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/Die Grünen einen Journalisten, der den Unterschied zu Mitbewerbern anschaulich beschrieb.

Die Gäste aus der Kommunalpolitik ließen sich die historische Entwicklung des mittelständischen Unternehmens erläutern. Am Anfang - 1845 - stand ein Drei-Mann-Hufschmiedebetrieb; heute erwirtschaften 200 MitarbeiterInnen aus der Region einen Umsatz von jährlich 40 Mio. € vornehmlich in Europa, aber ebenso in den USA, China und Indien. Ratsherr Gerd Klünder zeigte sich beeindruckt von der innovativen Kraft des Unternehmens, die sich daran ablesen lässt, dass 55 Konstrukteure Maschinen entwickeln, die von 80 Mitarbeitern gebaut und ca. 15 VerkäuferInnen an den Mann, bzw. die Frau gebracht werden. Beispiel: 20 Stahlbandtrockner für das 2010 neu gebaute Stahlwerk von Thyssen - Krupp in Mobile, Alabama.

Ein Schwerpunkt der Produktion sind Ofenstraßen, die für die Herstellung von Glaswolle eingesetzt werden. Die findet bekanntlich bei der Wärmeisolierung reichlich Einsatz.

Im Sinne der Unternehmensphilosophie „Wir entwickeln Lösungen“ ist die Palette der Anlagen aber breiter angelegt: Von „A“ wie Autoteile über „D“ wie Drehteller zum Aufwickeln schwerer Metallkabel, die den Strom von Offshore-Windanlagen ans Festland bringen; „F“ wie Filter in Drehrohröfen der Zementindustrie, „G“ wie Glaswolle, „K“ wie Katalysatoren oder Kondome, „S“ wie Stahl, bis „V“ wie Vogelfutter: Zahlreich sind die Gebrauchsgegenstände des Alltags sowie industrielle Komponenten, die der Trocknung durch Wärme bedürfen.

Dass gesetzliche Auflagen in der Wärmeverordnung bei der Isolierung von Wohnungen (Alt-)bauten, die Energie einsparen und die Luftverschmutzung reduzieren helfen, auch dazu beitragen, dass Arbeitsplätze in Telgte gesichert werden, freut die KommunalpolitikerInnen.

Beachtlich ist das Engagement des familiengeführten Unternehmens für Auszubildende. „Durch systematisch ausgebaute Kontakte zu den örtlichen Schulen im Rahmen des Telgter Modells“, so Magdalena Münstermann, lernen SchülerInnen Zusammenhänge zwischen Theorie und Praxis kennen und können sich als ArbeitnehmerInnen der Zukunft frühzeitig beruflich orientieren. Wir benötigen den/die IngenieurIn mit Hochschul- oder Fach-



Die Grüne Ratsfraktion informiert sich bei Münstermann

hochschulabschluss, den/die technische ZeichnerIn, Spezialisten für Schweißarbeiten. Es werden also Jugendliche mit Haupt-, Realschulabschluss und Abitur eingestellt.“ „Entscheidend sind u. a. die ‚soft skills‘“, ergänzt der Juniorchef. „Wer schon einmal eine Handballmannschaft als Jugendlicher trainiert hat, ist im Vorteil. Der kann nämlich ein Team motivieren.“

Fraktionssprecherin Sabine Grohnert begrüßt, dass individuell zugeschnittene Arbeitszeitmodelle auch die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung erkrankter Kinder ermöglichen. „Da finden die Mitarbeiter in den einzelnen Projektgruppen immer eine Lösung“, sagt die Seniorchefin mit ein wenig Stolz auf die

Zertifizierung als familienfreundlicher Betrieb. In der Werkshalle wird gerade ein Härteofen für Glaswolle endmontiert: Acht Einheiten à 20 t werden demnächst in einem Schwerlasttransport mit Warnlicht über die Autobahn eskortiert. „Autos haben inzwischen nicht einen, sondern bis zu sieben Katalysatoren“ zeigt sich Frank Münstermann zuversichtlich für die Auftragsbücher der nächsten Jahre.

Die Grünen Kommunalpolitiker haben nach dem Besuch den Eindruck, dass Innovationsbereitschaft und Unternehmergeist, scheinbar mühelos mit westfälischer Bodenständigkeit gepaart, auch weiterhin für eine solide ökonomische Entwicklung sorgen. Und das bei einer extrem engen Bindung der ArbeitnehmerInnen an den Betrieb: „Wenn einer geht, dann ins Studium oder in den Ruhestand“.

b.d.

Goldschmiede

Galerie Silber
Münsterstr. 28 · 48291 Telgte

Anfertigung von Unikaten in Gold und Silber
Eheringe nach Auftrag
Umarbeitung alter Schätze
Reparatur

Jörn Wening

St.Christophorus-Schule – wohin?

Stetig sinkende SchülerInnenzahlen und der demographische Wandel werfen ihre Schatten voraus. Erstmals kann im Schuljahr 2012/13 nur eine Eingangsklasse in Westbevern gebildet werden. Welcher Handlungsbedarf ergibt sich hieraus mittelfristig sowohl für den Schulträger als auch aus pädagogischer Sicht?

Diese Frage wurde am 28. Februar in einer von Herrn Dr. Winfried Kösters moderierten Veranstaltung erörtert. Nachdem alle Fakten und Zahlen

dargelegt und viele Fragen beantwortet waren, forderte Dr. Kösters die Anwesenden auf, die eigenen Argumente und Gegenargumente der möglichen Optionen zu benennen. Diskutiert wurde die Zukunft für nur einen Grundschulstandort in Vadrup oder Westbevern-Dorf. Oder alternativ beide Standorte zu belassen, oder beide aufgeben und ganz neu bauen.

Als Ergebnis des Abends kam mit deutlicher Mehrheit heraus, dass es aus Sicht der TeilnehmerInnen nur noch

einen Schulstandort geben kann. Als Vorteil wurde gesehen, dass mit der absehbaren Zahl der SchülerInnen ein pädagogisch sinnvolles Schulleben nur noch an einem



Standort gut zu gestalten ist. Alle anderen Lösungen wie wechselnde Eingangsklassen oder jahrgangsübergreifender Unterricht, sowie die gleichwertige Ausstattung von zwei

Schulen würde eher zu Lasten aller Beteiligten führen.

Das "Wo" bleibt noch zu klären. Denn natürlich möchte niemand seine Schule am Wohnort verlieren und es haben beide Standorte Vor- und Nachteile. Wichtig ist jetzt, die nächsten zwei Jahre zu nutzen und eine gute Lösung zu erarbeiten. Nicht nur für den künftigen einen Standort, sondern auch für das freierwerdende Schulgebäude. Denn auch hier müssen Modelle für einen lebendigen Ortskern gefunden werden.

s.g.

Inklusion: Vorreiter Kreis Warendorf?

Meinungen zur Inklusion im Kreis Warendorf

Stellen Sie sich vor, Sie gehen mit Ihrem Bruder oder Ihrer Freundin zum Arzt, weil Sie krank sind und die Arzthelferin spricht Ihre Begleitung an, statt sich an Sie zu wenden: Seltsam? Nicht für Menschen, die mit einer Behinderung leben. So Petra Pioch auf der Auftaktveranstaltung des Kreises Warendorf am 27. September 2011 in Haus Nottbeck (Oelde - Stromberg) zum Thema Inklusion.

Die Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen zum Leben mit Behinderten ist eine Verpflichtung, die auf örtlicher Ebene umzusetzen ist. Die hochkarätigen Funktionäre auf dem Podium diskutierten, ja sie hatten Einiges zu sagen, ließen Gott sei Dank auch den Betroffenen Redezeit. Angenehm war, dass die Reden für hörgeschädigte Menschen direkt in Gebärdensprache übersetzt wurden.

Der Landrat, Dr. Olaf Gericke, betonte, dass es gelte, Barrieren in den Köpfen der Menschen abzubauen. 52.000 EinwohnerInnen im Kreis, d.h. 18% der Bevölkerung, also fast jeder fünfte, leben behindert, davon 2/3 schwer. Etwa 500 Menschen im Kreis sind blind oder gehörlos. Ein großer Anteil der Schwerbehinderten ist älter als 65 Jahre.

„Miteinander reden, mit Augenmaß vorgehen, barrierefrei bauen“ so die Deklamation des Landrates. „Keine Bevorzugung integrativer Erziehung; Einführung eines Wahlrechts im Hinblick auf die Art der Ausbildung für die Eltern eines behinderten Kindes!“ Klingt das nicht bereits nach einer geistigen Schere im Kopf? Die Idee der Inklusion ist schön - aber lässt uns an den Einrichtungen festhalten, die auf eine separate Betreuung und Ausbildung von Behinderten setzen.

Herr Rainer Limbach, Landkreistag Nordrhein-Westfalen (Dachorganisation der 30 Kreise): Die Behindertenrechtskonvention hat einen völkerrechtlichen Status, steht damit im Rang einem Bun-

desgesetz gleich. Sie wurde im Dezember 2006 von den Vereinten Nationen verabschiedet, im März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. 9,6 Millionen Menschen in Deutschland, also 11,7% der Bevölkerung, leben mit einer Behinderung.

Die Mehrzahl der Behinderungen ist erworben. 7,1%, also jeder vierzehnte, ist schwer behindert. Das Sozialgesetzbuch IV gibt eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vor. Die Artikel 5 - 30 der Konvention regeln die Grundrechte der Menschen mit Behinderungen.

Inklusion lässt den Bedarf an Integration, den man in den vergangenen Jahrzehnten ermittelte, hinter sich. Es wird nicht mehr gefragt: „Wie bringe ich den Menschen mit Behinderung auf den Standard, dass er sich (fast) wie ein durchschnittliches Mitglied der Gesellschaft verhält?“ sondern: „Wie ver helfe ich den Menschen mit Behinderung zu einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben?“ Empowerment statt Fürsorge.

Behinderung ist nicht statisch, sondern ein sich verändernder Zustand: ein Prozess im Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Es geht darum, dass wir Zustände bekämpfen, aus denen sich Diskriminierung ergibt. Daraus ergibt sich auch ein Recht auf Privatsphäre, auf Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wohnorten, die mir eine Teilhabe an der Gemeinschaft ermöglichen.

Ist das Recht auf inklusive Bildung, das in Artikel 24 angesprochen wird, ein öffentliches Recht, d.h. einklagbar? Das Bundessozialministerium ist dafür zuständig, dass die UN-Konvention umgesetzt wird. Im Sozialgesetzbuch soll die Gestaltung der Inklusion juristisch belastbar formuliert werden. Dazu gehört z. B. die rechtliche Verankerung des Begriffs „Pflegebedürftigkeit“.

Auf der Ebene des sozialen

Miteinanders geht es darum, dass die Selbstbilder der Menschen mit Behinderung mit den Fremdbildern in Einklang gebracht werden. Entsteht Behinderung aus exogenen Faktoren oder ist sie eher endogener Natur? Auch wenn diese Frage nicht eindeutig beantwortet wird, sollten wir Menschen mit Behinderung in Ausschüssen von Kommunen und Kreisen zu Wort kommen lassen.

Die Beschulung an allgemeinen Schulen ist vorrangig. Die Entscheidung, ob das Kind dort oder an einer Schule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt beschult wird, sollten die Eltern treffen. Frage: Wer ist für die finanzielle Ausstattung der Schulen verantwortlich, die inklusiv ausbilden und erziehen?



Inklusion ist ein Menschenrecht

„Disability mainstreaming“: Behinderte gehören vom Rand in die Mitte der Gesellschaft gerückt. - So was Ähnliches gibt's auch mit „Gender (geschlechtsbezogen) mainstreaming“ - oder ?

Die Umsetzung bedeutet Konzept und Design für alle: Bauleitplanung, Verkehrsplanung, öffentliche Daseinsvorsorge haben sich dem Prozess einer Teilhabeplanung zu unterziehen. Beispiel: Sind Spielgeräte auf kommunalen Spielplätzen barrierefrei? An diesem Beispiel wird das Prinzip des Sozialraums als Planungsgrundlage erkennbar.“

Landesrat Hans Meyer (Landesverband Westfalen - Lippe): „Die UN-Behindertenrechtskonvention ist von 155 Staaten (von ca. 200 weltweit) unterschrieben. 100 haben sie ratifiziert. Wenn es ein Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu allge-

meinbildenden Schulen gibt, muss ein inklusiver Unterricht wohnortnah für alle SchülerInnen bereitgestellt werden.

Daraus ergibt sich ein Recht auf Unterstützung im Regelschulsystem. Wenn das Kind dort nach seinen individuellen Möglichkeiten gefördert werden soll, ist zieldifferenziertes Unterrichten erforderlich: Nicht alle SchülerInnen erreichen das gleiche Ziel zur gleichen Zeit, arbeiten dennoch im Unterricht zusammen.

In Deutschland werden derzeit 4,8% der Schüler in segregierten Förderschulen unterrichtet (Das Förderschulsystem wurde 1971 begründet). 500.000 Schüler haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. 400.000 besuchen derzeit eine Förderschule.

In NRW sind es von 2,15 Millionen SchülerInnen 130.000. Die meisten werden der Gruppe „lernbehindert“, bzw. „- beeinträchtigt“ zugeordnet, 17 % sind von einer seelischen Behinderung sowie Erziehungsproblemen betroffen und erhalten emotionale und soziale Förderung. Von dieser Gruppe wiederum sind 80 % männlich. 18 % der SchülerInnen mit Förderbedarf werden in Westfalen in der Regelschule unterrichtet.

In Kindertagesstätten ist die gemeinsame Erziehung am stärksten verbreitet: 68 % der behinderten Kinder gehen in „Regel-KiTas“; bei den Grundschulen ist der Anteil immerhin noch 33% (Kreis Warendorf: 23%), bei den weiterführenden Schulen 16% (Kreis Warendorf: 9%). Von den SchülerInnen, die Förderbedarf bestätigt bekommen haben und weiterführende Schulen besuchen, sind 4% an

einer Realschule, 5% an einem Gymnasium.

Unklar ist die rechtliche Situation: Oberverwaltungsgerichte in Hessen und Niedersachsen haben entschieden, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Aufnahme in eine Regelschule gibt. In NRW sind landesrechtliche Umsetzungsverfahren noch erforderlich. Gutachten (Klemm; Preuss - Lausitz) sprechen Empfehlungen aus, dass z.B. bis 2020 alle hör- und kommunikationsbeeinträchtigten SchülerInnen an Regelschulen betreut werden sollen.

Das Schulgesetz Nordrhein-Westfalen wird mit Wirkung vom Schuljahr 2013/14 ein Recht auf inklusive Beschulung für die Klassen 1 und 5 gesetzlich verankern. Sonderpädagogen werden dann in allgemeinbildenden Schulen unterrichten. Auf dem Weg dahin - so der Landesrat - sollten die Regelschulen bereits jetzt eine „Kultur des Behaltens“ entwickeln.

Im Bereich der Jugendhilfe sichert die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 19 das Recht auf eine unabhängige Lebensführung zu. In Artikel 23 Absatz 3 heißt es: Behinderte haben ein Recht auf Familienleben. D. h., es gibt keine Trennung eines Kindes von den Eltern gegen deren Willen. Art. 30 sichert die gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben.

Artikel 7, Absatz 1: Alle erforderlichen Maßnahmen sind zu treffen, um Kindern mit Behinderungen die Menschenrechte gleichberechtigt mit anderen Kindern zu gewährleisten. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe betreut 9.600 Kinder mit Behinderungen im Bereich der Jugendhilfe, davon 7.500 in gemeinsamer Erziehung.

Kindertagesstätten werden für die Altersgruppe unter drei Jahren derzeit umgebaut, so dass dort auch Kinder betreut werden, die bisher in heilpädagogischen Einrichtungen untergebracht waren.

b.d.

Gemeinsame Demonstration gegen Rechtsextremismus

(Fortsetzung von Seite 1)

Stadt und lobte die Telgter Bürgerinnen und Bürger für ihr Engagement und forderte die Jugend auf sich dem Gedankengut der Ewiggestrigen entgegenzustellen sowie sich gegen Intoleranz zu wehren.

Laura Hülsmann, als Schülerin und Vertreterin der Jugendlichen, stellte in ihrer Rede die Methoden und Maschinen der selbsternannten „autonomen Nationalisten“ dar und forderte die Jugend dazu auf, den oft nur auf den zweiten Blick, rechten Parolen und Verschwörungstheorien, die durch Gruppen wie den „Nationalsozialisten Münster“ verbreitet werden, keinen Raum zu geben.

Doryn Herbst, als Vertreterin der Elternpflegschaft und des Vereins Zib - für die Belange der Migranten, sprach vom alltäglichen Rassismus, der im Kleinen anfängt und durch den freundlichen und offenen Umgang miteinander bekämpft werden kann. Sie appellierte für die Einheit in der Vielfalt.

Adalbert Hoffmann, als Vereinsvorsitzender von „Erinnerung und Mahnung“ – einem Verein zur Erinnerung an das jüdische Leben in Telgte und an die Folgen der Judenver-



folgung, als auch zur Annäherung der Ursprünge des Antisemitismus, regte mit seiner Rede zur Selbstreflexion an. Man solle sich einmal fragen, ob man dem andersartigsten Menschen, den man sich vorstellen kann, die gleichen Privilegien und Rechte zusprechen würde wie sich selbst.

Das Busunternehmen Bils hatte auf Anfrage des Bündnisses einen kostenlosen Bus zur Weiterfahrt zu den Kundengebungspunkten an der Aufmarschrouten der Neonazis in

Münster zur Verfügung gestellt. Mit diesem und einem weiteren voll besetzten Bus führen dann 120 Telgter und Telgterinnen gut gelaunt und mit Transparenten im Gepäck nach Münster.

Das Münsteraner Bündnis „Kein Meter den Nazis“ konnte das für diesen Tag gesetzte Ziel, den Aufmarsch der Neonazis mit friedlichen Sitzblockaden zu verhindern, leider nicht erreichen. Die Polizei sorgte durch eine weitläufige Absperrung der Aufmarschrouten und ein deut-

liches Vorgehen gegen die Versuche der Gegendemonstranten, sich in Hör- und Sichtweite der Neonazis zu begeben, dafür, dass der Protest ein symbolischer blieb und die Neonazis auf ihrer Route, oft außer Sichtweite der Gegendemonstranten, marschierten.

Hinzu kam der an einigen Stellen zweifelhafte Einsatz von Pfefferspray und Gewalt seitens der Polizei. So berichtete der WDR in der Lokalzeit vom 3. März über die gewaltsame Festnahme eines mutmaßlichen Flaschenwerfers, der von mehreren Polizisten überwältigt, bewusstlos geschlagen und mit einer Kopfverletzung in die Intensivstation eingeliefert wurde. Noch am selben Abend war der 21-jährige Gegendemonstrant außer Lebensgefahr. Ebenso sorgt die Repression

der Polizei gegen die Bürger des Rumphorstviertels für Diskussionsstoff. So wurden AnwohnerInnen gezwungen ihre eigenen Vorgärten zu räumen und bekamen Hausarrest.

Abgesehen von einigen kleinen Auseinandersetzungen mit der Polizei, verlief der Protest der etwa 6000 GegendemonstrantInnen überaus friedlich. Die Menschen protestierten friedvoll gegen die rund 300 Neonazis, die aus dem ganzen Bundesgebiet angereist waren und gaben lauthals und mit Hilfe von Trillerpfeifen und Musikinstrumenten (Dudelsäcke, Trompeten und Trommeln) ihre Meinung kund. Sowohl in Telgte als auch in Münster können wir froh sein, dass die Bürger nicht wegschauen, wenn Neonazis aufmarschieren.

Mathias Hoth

equiValent
mit Pferden lernen

Macht Freude.
Bringt Erfolg.
Wirkt.

Am Jägerhaus 6
48291 Telgte
02504 985 995
www.equi-valent.de

Dat Pöggskén wünscht Frohe Ostern



Künstlerin: Tajana Scharfe

Urlaub & Pflege Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

Wohnen im Clemens-Park

Die neue Art, im Alter zu leben?

Altenheim ist Altenheim. Mehrere Ein-Zimmer-Wohnungen auf einer Etage, jede ca. 25 m² groß inklusive Flur, Dusche und WC für eine Person. Das Essen wird gemeinsam im Speiseraum eingenommen, sofern die BewohnerInnen sich selbstständig dorthin bewegen können.

Am 1. Januar 2011 wurde in Telgte der Wohnpark St. Clemens eröffnet. Träger: Die St. Franziskus-Stiftung, die ca. 10.000 Angestellte im Bistum Münster bis hin zur Nordsee hat, der auch das Franziskus-Hospital in Münster sowie das heimische Rochus-Hospital gehören.

Das Wohnstift erhebt den Anspruch, alte Menschen in Telgte in Innenstadtnähe ein gutes Zuhause zu bieten und sich wohltuend von Klischees abzugrenzen, die wir gemeinsam mit Altenheimunterbringung verbinden.

41 seniorengerechte Wohnungen wurden errichtet, davon 21 öffentlich gefördert: Letztere sind für eine Person 47 m², für zwei 65 m², für Rollstuhlfahrer 65 m² groß. Wer hier einziehen möchte, benötigt einen Wohnberechtigungsschein.

Die frei finanzierten Wohnungen sind zwischen 52 und 91 m² groß, ebenso wie die öffentlich geförderten derzeit alle belegt. Das ist ein Zeichen für das gute Konzept, das baulich in lobenswerter Weise umgesetzt wurde. Sie ermöglicht Teilhabe, kurze Wege und damit Lebensqualität.

Die Hilfsangebote sind umfassend. Der Hausnotruf ist 24 Stunden pro Tag erreichbar und vermittelt einen Kontakt zu Angehörigen oder einem Pflegedienst. Er läuft beim Malteser Hilfsdienst in Warendorf auf. Der hat ein Informationsbuch, das die Namen von Bezugspersonen enthält, die einen Schlüssel für die Wohnung des/r Senioren/in



Telgter Grünen mit Maria Klein-Schmeink zu Besuch im Clemens-Park

haben. Nur bei sechs Prozent der Anrufe ist medizinische Behandlung erforderlich. Der Besuchsdienst erfolgt z.T. ehrenamtlich.

Eine Wohnung ist für 21 Mietparteien als Gemeinschaftsraum eingerichtet. Hier haben BewohnerInnen die Einrichtung gemeinsam angeschafft und angebracht. Dafür zahlt jeder 3 - 4 € im Monat extra. Zur Gestaltung der Zeit gehören gemeinsame Ausflüge, das Mitsingen im Seniorenchor der Volkshochschule, der im St. Clemens / Wohnstift probt.

Das Cafe wird als Integrationsbetrieb geführt. Die Wohneinheit St. Benedikt ist eine Trainingsgruppe, in der

psychisch kranke Menschen leben, die später allein wohnen. Die Bäckerei des Rochushospitals backt Brot und Kuchen.

Werden Bewohner in eine Pflegestufe eingeordnet, haben sie die Möglichkeit in den Pflegebereich des Wohnstiftes umzuziehen. 70% der BewohnerInnen stammen aus Telgte, andere ziehen ihren Kindern nach. Vier Kurzzeitpflegeapartments sind neben Wohnungen für körperlich behinderte Personen untergebracht. Schwersterkrankte sind in zwei 12er Wohngruppen untergebracht. Im Erdgeschoss befinden sich

Kurzzeitpflegeplätze, sowie Möglichkeiten zum Probewohnen.

Bewohnerforum und Heimbeirat sorgen dafür, dass die BewohnerInnen Rechte der Mitbestimmung und Teilhabe wahrnehmen.

Belastungen aus der unzureichenden Pflege gehen auch am Wohnstift St. Clemens nicht vorbei. Die Dokumentationsqualität wird stärker bewertet als die Pflege und der Pflegezustand der Bewohner selbst. Das zu verbessern ist freilich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

b.d.

Thema "Massentierhaltung" Schwerpunkt: Antibiotika-Einsatz

In der konventionellen Intensivtierhaltung ist der Einsatz von Antibiotika an der Tagesordnung. Laut einer Studie der Landesregierung NRW werden über 96% der Masthühnchen während ihres kurzen Lebens mit Antibiotika behandelt. Dieses führt zu zwei schwerwiegenden Konsequenzen:

- Die meisten der in den Handel kommenden Geflügelprodukte sind noch mit Antibiotika belastet. Neben den direkten Nebenwirkungen von Antibiotika auf den Menschen werden dadurch Bakterien quasi gegen diese Antibiotika geimpft. Das heißt, sie entwickeln eine Widerstandsfähigkeit gegen einzelne Antibiotika, so dass sie im Ernstfall nicht mehr wirkungsvoll bekämpft werden können. Selbst in Weizen wurden Antibiotikarückstände

nachgewiesen, die wahrscheinlich über die Düngung mit Kot von behandelten Tieren dort hingelangt sind.

- Der permanente Einsatz von Antibiotika in der Intensivtierhaltung führt bereits beim Tier selbst zu resistenten Bakterienstämmen, die sich häufig auf die in dem Betrieb arbeitenden Menschen übertragen. So wurde bei Untersuchungen bei mehr als 50 Prozent, in machen Untersuchungen sogar nahezu bei 100 Prozent der in Intensivmastbetrieben arbeitenden Personen sogenannte Multi-resistente Keime festgestellt. An diesen Multi-resistenten Keimen sterben inzwischen nach Angaben der Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene bis zu 40.000 Menschen jährlich - allein in Deutschland.

Der Einsatz von Antibiotika ist in Deutschland nur zur Behandlung von kranken Tieren erlaubt. Streng genommen, dürfen auch nur genau die erkrankten Tiere behandelt werden - bei Mastgeflügelbeständen von bis zu 160.000 Tieren ein Ding der Unmöglichkeit. Das alleine wäre schon Grund genug, Betrieben von solcher Größe die Zulassung zu verweigern.

Verschärft wird das Problem durch den zusätzlichen illegalen Einsatz von Antibiotika. So werden Antibiotika vorbeugend eingesetzt, um also Krankheitsprophylaxe zu betreiben. In großem Maße dienen Antibiotika auch der Leistungssteigerung, also zur Beschleunigung des Wachstums oder zur Erhöhung der Milchproduktion und damit zur Erhöhung des Profits.

Diesem illegalen Treiben muss sofort Einhalt geboten werden. Die zuständigen Kreisveterinärämter müssen dazu angehalten werden, hier stärker zu kontrollieren und nicht länger wegzuschauen. Insbesondere Antibiotika, die als unverzichtbar für den Menschen gelten, sollen grundsätzlich nicht in der Tierzucht eingesetzt werden dürfen.

Langfristig kann der Einsatz von Antibiotika nur durch die grundsätzliche Abkehr von der Intensivtierhaltung verhindert werden. Die Haltebedingungen in der konventionellen Massentierhaltung sind für ein gesundes Leben der Tiere ohne zusätzliche Medikamentengabe nicht geeignet. Der hohe Kostendruck auf den Erzeuger zwingt aber den Landwirt zu

immer größeren Beständen, um konkurrenzfähig und profitabel zu bleiben. Letztlich liegt es auch an uns, den VerbraucherInnen, billigem Fleisch und Fleischprodukten eine Absage zu erteilen und auf die Herkunft des Fleisches zu achten sowie auch auf das ein oder andere Stück Fleisch zu verzichten.

p.s.



mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl.Ing für Augenoptik

Baßfeld 12 48291 Telgte
Fon 0 25 04 - 50 50
www.mindermann-augenoptik.de

Mobilität – was ist das eigentlich?

Lange Gesichter gab es Anfang des Jahres mit dem Fahrplanwechsel des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Telgte. Das Busangebot ausgedünnt und am aller-schlimmsten: Das eindeutig nach Münster orientierte Telgte kann in der Woche nach 22.17 Uhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln von dort nicht mehr erreicht werden.

Das löste allerdings Protest aus: Die Presse entrüstete sich, Rats-Youngster Marian Husmann wandte sich direkt an den Landrat und die Grünen liebäugelten per Antrag im Rat mit einem Anschluss an das Münstersche Stadtbussystem. Wenigstens die Busverbindung um 23.05 Uhr wurde daraufhin wieder hergestellt.

Aber was sagt uns das?

Ganz offensichtlich wird ÖPNV immer noch als Zugeständnis an eine Auto-lose oder/und ökobewegte Minderheit betrachtet und das immer hart an der WählerInnen- und Finanzierungslinie entlang. Letzteres allerdings äußerst kurz-sichtig, denn nichts ist insgesamt betrachtet so kostenintensiv wie der motorisierte sogenannte Individualverkehr. Mit den Milliarden, die jährlich in den Straßenbau investiert werden, könnte schnell ein öffentliches Verkehrssystem geschaffen werden, das ökologischer wäre, geringere Kosten nach sich ziehen, und auch ohne Auto die Bezeichnung "Individualverkehr" verdienen würde.

Nun will man den Autoverkehr aber auch nicht verbieten, oder man tut es jedenfalls nicht, da ja an besonders heiklen Stellen auch immer Denkverbote bestehen.

Der Automobilverkehr ist ein heikler Punkt, weil, zumindest gefühlt, die halbe Wirtschaft an der Autoindustrie und allen Folgekosten wie Straßenbau, Mineralölindustrie, Werkstätten etc. hängt. Dabei weiß jede/r HalterIn, was so ein Auto kostet, und hätte sicher keine Schwierigkeiten, das Geld für anderes nutzloses Zeug auszugeben, das auch Umsatz machen und dabei weniger Schaden verursachen würde.

However - Autos werden in absehbarer Zukunft ein Baustein eines jeden Verkehrskonzeptes bleiben und sie können ja auch ökologischer betrieben werden, als auf die pyromanische, derzeit gebräuchliche Weise.

Wesentlich wäre ein Perspektivwechsel bei der Verkehrsplanung. Weg vom Blick durch die Windschutzscheibe, hin zur Frage: Wer muss wann von A nach B und wie kann man das am besten bewerkstelligen? Dabei können Fahrrad, Bus und Bahn durchaus spürbare Vorteile

haben, wenn die Netze und Taktungen der Antwort auf die Frage angepasst werden.

Es ist z.B. nicht besonders sinnvoll, mit einem Auto zur Arbeit und zurück zu fahren, wobei das Auto den ganzen Tag auf dem Parkplatz vor sich hin rostet, sofern man einen gefunden hat. Effizienter wäre es auch, wenn es weniger Parkplätze gäbe und angenehmer, sich in der halben Stunde auf ein Buch, als auf den Verkehr zu konzentrieren.

Allerdings nicht in überfüllten Bussen und mit zweimal Umsteigen, wenn man auf jeden Anschluss zu lange warten muss. Ziel muss es also sein, ein Angebot zu schaffen, das der Nachfrage immer einen Schritt voraus ist, um den NutzerInnenkreis immer weiter auszubauen.

Die Grünen haben im Zuge der Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt, der auf genau einen solchen Perspektivwechsel zielt. Leider wurde der mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP geschlossen abgelehnt.

Mobilität ist nicht Auto. Mobilität bedeutet, von A nach B zu gelangen.

g.k.



Ausbau der B51 von Münster nach Telgte

Realität oder Fiktion?

Seit Jahren geistert der drei- oder gar vierspurige Ausbau der B51 von Münster nach Telgte durch die Telgter Kommunalpolitik - zuletzt wieder im Rahmen des Bebauungsplanes „Klatenberg-Ost“. Der Ausbau einer Landes- oder Bundesstraße wird dabei immer gerne als Argumentationshilfe für oder gegen ein kommunales Projekt herangezogen. Auch als Wahlkampf- thema ist er immer wieder gerne genommen.

Doch wie sieht es in der Realität aus? Landesstraßenprojekten in einer Höhe von insgesamt über 700 Mio. Euro standen Mitteln von gerade einmal 55 Mio. Euro für das Jahr 2011 gegenüber. Von diesen Mitteln müssen aber

nicht nur neue Straßen gebaut, sondern die bestehenden unterhalten werden. Und allein hierfür sind im Jahr mehr als diese 55 Mio. Euro aufzuwenden. An neue Straßen ist also noch nicht einmal im Ansatz zu denken.

Dennoch werden munter weitere kostspielige Planungen durchgeführt für Projekte, die fast ausnahmslos niemals realisiert werden können. Und die dabei entstehenden Planungskosten fehlen dann zum Erhalt der bestehenden Straßen.

Aber warum gibt es dann diesen Irrsinn? Oder anders herum gefragt: Wer sollte ihn beenden? Die Landesbehörden stehen unter Druck der Kommunalpolitik und sichern



Quelle: OpenStreetMaps

sich zudem so ihre eigene Existenz. Die Kommunalpolitik dagegen benutzt die Projekte für ihre eigenen politischen Süppchen. Also eine klassische Win-Win-Situation? Fast!

Bezahlen muss am Ende 'mal wieder der Steuerzahler. Und das im doppelten Sinn. An-

statt das Geld in sinnvolle Verkehrsprojekte zu stecken, etwa den Ausbau des ÖPNV oder dem Bau neuer Radwege, die auch für die neuen E-Bikes sicher zu befahren sind, wird aus rein politischem Kalkül dem Fetisch „Individualverkehr“ gehuldigt, auch wenn an einer tatsächlichen



Inhaber: Martin König
Grabenstr. 1, Tel 77119
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13
www.fahrrad-könig.de

bioladen*

April-Aktion 2012
Fair geht vor.

Ein Cent pro verkaufter bioladen*fair-Banane kommt ohne Abzüge den Schul- und Kindergarten-Kindern von Azua de Compostela (Dominikanische Republik) zugute.

KORNBLUME
NATURKOSTMARKT

Telgte, Schleifstiege 15 - 17
Telefon 0 25 04/ 15 65
durchgehend geöffnet

Impressum

"dat Pöggsken"

Zeitung der Grünen Telgte
Herausgeber:
Ratsfraktion & Ortsverband von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

erscheint: 3 bis 4 Mal im Jahr

Auflage: 8.500 Stück

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

V.i.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge: Mitglieder & MitarbeiterInnen der grünen Ratsfraktion auf Telgte:

Michael Brandherm (m.b.), Gerd Klünder (g.k.), Gisela Böckmann (g.b.), Christoph Grünwald (c.g.), Bettina Schmitte (b.s.), Peter Spieker (p.s.), Bernhard Drestomark (b.d.), Sabine Grohnert (s.g.), Uli Schlösser (u.s.), Marian Husmann (m.h.)

Die mit "grüne ratsfraktion" gekennzeichneten Artikel sind Veröffentlichungen der Grünen Ratsfraktion.

Realisierung dieser Projekte keiner mehr glaubt. So schaut der Bürger gleich mehrfach in die Röhre: Das Geld ist weg, neue Straßen gibt es trotzdem nicht und ein sinnvolles Verkehrskonzept für die Zukunft schom 'mal erst recht nicht.

p.s.

Telgter Dreiklang in aller Munde

Der Telgter Dreiklang – Propsteikirche, Kapelle und Museum – ist weit über Telgte hinaus bekannt, sozusagen „in aller Munde“. Doch was übertragen gemeint ist, kann jetzt im wörtlichen Sinne Wirklichkeit werden: Denn seit kurzem gibt es eine fair gehandelte Schokolade, den „Telgter Schoko-Dreiklang“.

In drei Geschmacksrichtungen – Vollmilch, Zartbitter und Melange – hat die Initiative Fairtrade-Stadt Telgte eine Schokolade mit den Motiven der Clemenskirche, der Wallfahrtskapelle und des Museums auf den Markt gebracht.

„Unsere Schokolade in bester Bio-Qualität wird von der Hofer Konditorei Vetter handgeschöpft,“ so Rainer Rösmann von der Initiative, „und natürlich sind die



verwendeten Zutaten wie Kakao und Rohrzucker aus Fairem Handel. Damit ist sichergestellt, dass die Arbeiter auf den Plantagen in den Ländern des Südens einen auskömmlichen Lohn für ihre Arbeit erhalten.“

Die Schokolade ist in den Weltläden und in vielen Einzelhandelsgeschäften in Telgte erhältlich. Neben den 100 g-Tafeln gibt es auch eine kleinere Variante, die sogenannten Telgter „Schoko-

Happen“. Diese werden als Vollmilch, Zartbitter- und weiße Schokolade angeboten.

Damit gesellt sich zu dem fair gehandelten TelgteKaffee, der seit sieben Jahren auf dem Markt ist, ein weiteres Produkt aus Fairem Handel unter einem Telgter Label. Wie schon der TelgteKaffee stößt auch die Schokolade auf eine starke Nachfrage, das zeigte sich bereits in den ersten Wochen des Verkaufs.

Uwe Werdermann

Nuclear Wars – Episode V: Das Atom-Imperium schlägt zurück

Atomkraft? - Nur mit uns! Ein knackiges Motto für die FDP im anstehenden Wahlkampf hätten wir also schon gefunden. Schade dass es kein Bundestagswahlkampf ist. Dann könnte Herr Rösler mit seinem energiepolitischen Salto rückwärts aus dem Stand, einer beliebten Standardfigur der schwarz-gelben Regierungskakrobatik, beim Publikum nochmal so richtig punkten.

Dabei sollte er Bauchlandungen jedoch vermeiden, denn das gibt reichlich Abzüge in der B-Note, und das Parkett ist verdammt rutschig. Nicht nur Opposition und Umwelt-

verbände, also die üblichen Verdächtigen, laufen Sturm gegen die geplante Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom, auch Handwerk und Industrie melden sich mittlerweile äußerst kritisch zu Wort. Neben einem Jahresumsatz von 10–15 Mrd. € für die Unternehmen steht auch ein großer Teil der 75.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, die in Deutschland an der Solarbranche hängen.

Völlig unverständlich für ausgerechnet den Wirtschaftsminister, dessen Partei für sich beansprucht, der parlamentarische Arm des Mittelstands

zu sein.

Aber sehen wir uns Röslers Argumente doch erst mal an: Hauptargument ist das Ungleichgewicht zwischen den 50% (8 Mrd. €), die in 2011 aus den Einspeisevergütungen an Betreiber von Photovoltaikanlagen gezahlt wurden und den „nur“ 15% (14,5 Terrawatt/a), die die solare Stromerzeugung zu den „Erneuerbaren“ beiträgt. Festzustellen ist dazu, dass die Photovoltaik auf Dauer die aussichtsreichste Kandidatin für die Sicherstellung der Stromversorgung durch unschädliche Technologien ist. Für Solarstrom wird weder die Landschaft verspargelt, noch muss sie mit Mais gefüttert werden, und Flächen sind allein auf den Dächern ausreichend vorhanden.

Franz Alt war extra in Telgte, um uns mitzuteilen, dass das 10.000fache unseres Energiebedarfs an Sonnenenergie auf der Erde ankommt. Das ist für den Energiebedarf in Telgte die Energie, die auf einem Hektar ankommt! Zweitens möchte der Wirtschaftsminister den Verbraucher vor hohen

Strompreisen schützen. Festzustellen ist, dass eine vierköpfige Familie in 2011 im Durchschnitt 5.83 € pro Monat für die Zahlungen über das EEG, für die Gewinne der Stromkonzerne jedoch 31,33 € berappt hat. Und die energieintensiven Industrieunternehmen sind dabei schon von den Zahlungen befreit. Das zahlen wir bereits mit.

Und was bezahlen wir da eigentlich? Nicht etwa den höheren Preis, den Ökostrom kostet, sondern den Ausbau der unschädlichen Energieerzeugung, also eine vorübergehende Belastung, die absolut gerechtfertigt erscheint, wenn man bedenkt, was wir unseren Kindern an Atommüll und Co2 hinterlassen. Wenigstens das können wir anständigerweise leisten.

Zum Dritten will der Wirtschaftsminister nicht die billigen Hersteller in China subventionieren. Tja, Herr Rösler, wenn die von Ihnen geplanten Kürzungen beschlossen werden, bleibt auch wirklich nichts Anderes übrig, als dort zu kaufen. Die Produkte Deutscher Hersteller



WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE

SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

SPARTA ION DT

NEU! Herausnehmbarer Akku

- Akku im Rahmen integriert
- mit Rücktrittbremse
- mit hochauflösendem Display HD




JETZT TESTEN

SCHACHBLUMENMARKT
verkaufsoffen

- am Samstag 24.3. von 8.30-18.00 Uhr
- am Sonntag 25.3. von 11.00-18.00 Uhr

Jetzt neu: digitaldruck in telgte

nur „bunt“ ist uns nicht bunt genug!

manchmal können wir aber auch grün



druckundmehr GmbH

Druck kann so einfach sein

• EINKAUFSDRUCK • WERBE • POSTKARTEN • FLYER • PROSPEKTE • PLANATE • MAILINGS
• BROSCHÜREN • ZEITSCHRIFTEN • AUFKLEBER • PROOFS (FARBUCHE DRUCKABSTIMMUNG)

druckundmehr GmbH • Bahnhofstraße 10 • 48291 Telgte
FON 02504-739580 • MAIL info@druckundmehr.com • WEB www.druckundmehr.com



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ORTSVERBAND TELGTE

Kontaktadressen

Ortsverband:

Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
Tel. 93 26 10

Ratsfraktion:

Sabine Grohnert
Hasenkamp 45
48291 Telgte
Tel. 7 70 96

www.gruene-telgte.de

rechnen sich dann nicht mehr.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das nicht zu verstehen. Kann es sein, Herr Rösler, dass sie die Atomkraft durch die kalte Küche wieder einführen wollen? Kann es sein, dass Sie daran arbeiten, die Energiewende zu verhindern? Kein Wunder, dass Herr Röttgen nach Düsseldorf will.

g.k.

Wo der Wind stets weht!

HAWE Windräder

Zunehmend wird die alternative Energieerzeugung durch Windräder zu einem Industriezweig wie jeder andere auch. Also auch mit ähnlichen Umweltproblemen wie jeder andere Industriezweig.

Die Akzeptanz von immer größer werdenden Windkraftanlagen auf dem Land schwindet immer mehr. Ohnehin gibt es bundesweit nur relativ wenige geeignete Standorte. Zumeist liegen diese Standorte dann auch an exponierten Stellen, wo sie das Landschaftsbild beeinträchtigen oder Anwohner belasten können.

Die mittlerweile in Mode gekommenen Offshore-Anlagen in der Nordsee werfen wieder neue Probleme auf: wie soll der Strom nach Süddeutschland kommen? Wie sind die Auswirkungen auf empfindliche Ökosysteme wie zum Beispiel das Wattenmeer? Die Megaanlagen in der Nordsee werden auch nur von Großinvestoren betrieben werden können, was wiederum die Abhängigkeit von einigen wenigen Stromerzeugern begünstigt.

Was diese Konzerne mit ihrer Marktmacht anrichten können, wurde uns unlängst (vor der 2. Energiewende der Bundesregierung) mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke vor Augen geführt. Damit wir uns nicht falsch verstehen: die konventionelle Windkraftherzeugung ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende!

Die Energiewende allein durch solche Windräder sicherzustellen ist allerdings unrealistisch. Erkennbar ist das auch an den Abmessungen heutiger Anlagen. Die derzeit größte Windkraftanlage der Welt hat eine Nabenhöhe von 135 Metern ist 7.000 Tonnen schwer und kostete 11 Millionen Euro. Leider ist die Energieausbeute trotz der enormen Höhe und dem eingesetzten Material eher gering, da die nutzbare Windenergie in Höhen bis 200 Metern begrenzt ist.

Ganz anders sieht das in Höhen darüber aus. Beim Ertrag der Windanlagen gilt ganz grundsätzlich je höher desto besser. Also am besten den



Wind in Höhen über 200 Meter bis 10.000(!) Meter einfangen. Unmöglich? Das sehen Forscher weltweit anders. Sie widmen sich der Nutzung von High Altitude Wind Energy (HAWE). Zu gut deutsch: Höhenwind Energiesysteme.

Das Prinzip kennen alle vom Drachensteigen: je höher ein Winddrache steigt desto kräftiger zieht er. Die Energieausbeute ist also um ein vielfaches höher als bei den konventionellen Windrädern in Bodennähe. Bei der HAWE-Technologie soll der Wind in Höhen von 200 bis 12.000(!) m genutzt werden. Möglich sind Anlagen am Boden und in der Luft.

Natürlich ist da vieles noch Zukunftsmusik, aber erste

Anlagen werden bereits errichtet. Die Firma Magenn vermarktet bereits ein erstes solches System, das in einer Höhe von 300 Metern arbeitet.

Und denken wir doch mal 30 Jahre zurück. Wer hätte da ernsthaft behauptet, Deutschland könne einen Großteil seiner Energie aus regenerativen Energien beziehen? Ok, vermutlich wir! Aber warum schreiben wir hier darüber?

Für uns als Kommunalpolitiker geht es darum, die Energiepolitik nicht auf konventionelle Windräder zu begrenzen. Das heißt zum Beispiel für Telgte im Flächennutzungsplan nicht nur einige wenige Windräder einzuplanen, sondern auch den Blick in die Zukunft zu rich-

Quelle: Magenn
ten und neue Energiequellen nicht auszuschließen.

Hintergrundinformationen der FH Münster zu HAWE: http://www.ibl.fh-muenster.de/kitewiki/index.php?title=Kategorie%3AIndustrielle_Anwendung

m.b.



Telgter Grünen jetzt auch bei Facebook!

facebook

Search

Peter Spicker Freunde finden

Bald verfügbar: Die neuen Facebook-Seiten
An 30. März 2012 erhalten alle Facebook-Seiten das neue Design. In der Vorschau kannst du sehen, wie deine Seite aussehen wird und kannst neue Funktionen ausprobieren.
Eine Liste aller deiner Facebook-Seiten anzeigen

Vorschau

Bündnis 90/Die Grünen Telgte ✓ Gefällt dir Seite bearbeiten

Gemeinschaftsseite über Politik · Telgte · Info bearbeiten

Pinwand Bündnis 90/Die Grünen Telgte · Alle (Neueste Beiträge)

Teilen: Status Foto Link Video Frage

Schreib etwas ...

Bündnis 90/Die Grünen Telgte
Zum Internationalen Frauentag

Je die Hälfte der Macht für Frauen und Männer - Die Grünen NRW
www.gruene-nrw.de
„Gleiche Rechte und gleiche Pflichten nutzen Frauen und Männern. Die Hälfte der Macht ist mehr als überfällig“ erklären

Tipps für Seiten

Entdecke R und Tipps
Klicke oben a bearbeiten" u den „Ressour um Tipps zur von Verbindu Fans zu erhal

Administratoren (5) (?)

Facebook unter dem Namen Bündnis 90/Die Grünen Telgte verwenden

Benachrichtigungen

Mit einer Webansicht besuch

Neben unserem Web-Auftritt und der Grünen Welle gibt es Infos über die Grünen in Telgte jetzt auch via Facebook. Natürlich bleibt das Pöggsken als Print-Medium in bewährter Form erhalten.

Facebook erlaubt eine noch schnellere Kommunikation und das in beide Richtungen. Bei kurzfristigen Aktionen wie beispielsweise bei der Demo gegen Rechtsextremismus hat sich Facebook bereits bestens bewährt.

Falls ihr also auf dem Laufenden bleiben oder uns 'mal eben etwas mitteilen wollt, seid ihr hier an der richtigen Adresse. Natürlich könnt ihr auch viele Grüne bereits direkt via Facebook erreichen.

Unser Facebook-Name lautet: "Bündnis 89/Die Grünen Telgte". Bis bald bei Facebook!

p.s.

Unterstützung für das Telgter Frauenhaus

In der Bundesrepublik gibt es rund 360 Frauenhäuser in denen Frauen und ihre Kinder Schutz vor Gewalt suchen können. Eines davon steht in Telgte. Betroffene finden hier die Ruhe und Unterstützung die sie benötigen um neue Lebensperspektiven entwickeln zu können. Über die Hilfe für Betroffenen hinaus engagieren sich die Mitarbeiterinnen für die Sensibilisierung zum Thema „Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder“.

Mit 500 Euro aus dem Regenbogenfond unterstützen die Grünen in Telgte die Arbeit des Frauenhauses und nutzen das Treffen, um sich über die aktuelle Situation zu informieren.

Zuerst sprechen wir über die Kampagne „Schwere Wege leicht gemacht“, mit der die NRW-Frauenhäuser gemeinsam eine bedarfsgerechte und sichere Finanzierung ihrer Einrichtungen fordern. Bis jetzt ist diese Finanzierung in NRW nicht kostendeckend und als freiwillige Leistung jederzeit kündbar. Die aktuelle Landesregierung hat die

unter schwarz/gelb gemachten Mittelkürzungen zurück genommen und erarbeitet zurzeit eine verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser. Aber bis ein rechtssicheres Finanzierungsgesetz auf den Weg gebracht und verab-

Die Arbeit hat sich gegenüber den Anfängen in den mehr als dreißig Jahren des Bestehens sehr verändert. Gewalt gegen Frauen wird im weit größeren Maße als Problem erkannt, in den Institutionen und in der Bevölkerung. Dazu hat auch

trägt. Das Frauenhaus hat gute Kontakte zu Kooperationspartner, in den Behörden, im Kreis, bei den Schulen und bei der Polizei.

In der Telgter Bevölkerung fühlen sich die Mitarbeiterinnen anerkannt und das Frau-



Der Regenbogenfond der Telgter Grünen unterstützt das Frauenhaus

schiedet ist, wird es wohl noch eine Weile dauern. Und so ist das Team neben der eigentlichen Arbeit auch mit Sponsorenfindung und vielen Antragsstellungen beschäftigt.

die Arbeit des Frauenhauses beigetragen. Es gibt noch viel zu tun, doch wichtige Schritte sind gemacht worden.

Auch bei der Vernetzung vor Ort zeigt sich, dass die jahrzehntelange Arbeit Früchte

enhaus gut verankert. Das hat das Frauenhaus zum Beispiel 2009 festgestellt, als zahlreiche Spenden die dringend notwendige Renovierungsarbeiten am und im Frauenhaus ermöglichten.

Es gibt häufiger Frauen, die nach dem Frauenhausaufenthalt aus verschiedenen Gründen in Telgte bleiben möchten, sei es, weil es ihnen in Telgte gut gefällt oder weil sie nicht schon wieder die Stadt wechseln möchten, die Kinder Freunde gefunden haben oder keinen weiteren Schulwechsel möchten. Leider ist es für die Frauen oft schwierig, bei den Telgter Mietpreisen eine Wohnung für ihr Budget zu finden. So kann es vorkommen, dass Frauen länger im Frauenhaus bleiben müssen, bis sie eine passende Wohnung gefunden haben.

Die Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten im Außenbereich für die Mütter und Kinder sind auch nicht optimal. Unter besseren räumlichen Bedingungen könnte das Frauenhaus umfassendere Hilfe für Betroffene anbieten. Und so gibt es Überlegungen, nach einem geeigneten Haus mit einem Garten für die Kinder zu suchen.

In diesem Jahr plant das Frauenhaus den 3. Sponsorenlauf in Telgte. Er findet statt am Samstag, den 25. August.

b.s.

Aktuelles aus Fraktion und Ortsverein

Besuch des HoT

Die Grüne Ratsfraktion und einige Mitglieder des Ortsverbandes besuchten am 21. Februar das Jugendzentrum in der Alten Mühle. Grund des Besuches waren die bevorstehenden Haushaltsberatungen der Fraktion.

Dirk Scheurer, Leiter des HoT, zeigte voller Stolz die neuen Laptops und anderen Einrichtungsgegenstände die durch Fördermittel des Landesjugendamtes angeschafft werden konnten. Bei einem Rundgang durch das Gebäude wurde schnell deutlich, dass hier ein großer Investitionsbedarf besteht. Teilweise bröckelt der Putz von den Wänden. Auch eine energetische Sanierung scheint zwingend erforderlich.

Die Grünen greifen diese Thematik in einem Haushaltsantrag auf. Ziel des Antrages ist es, Angebote für eine Sanierung und die damit ver-

bundene Installation einer Brandmeldeanlage einzuholen, um ggf. mit Fördermitteln des Landesjugendamtes, im Rahmen eines Partizipationsprojektes, gemeinsam mit den Jugendlichen, die Renovierung durchzuführen.

m.h.

Mitgliederversammlung mit Josefine Paul

Auf einer Mitgliederversammlung der Grünen stand neben der Verabschiedung des Jahresbudgets und einigen kleineren Satzungsänderungen auch ein Besuch der grünen Landtagsabgeordneten Josefine Paul aus Münster auf der Tagesordnung. Josefine sprach über die landespolitischen Aspekte der Anti-Nazi-Bewegung, besonders über die Bedeutung der Terrorzelle NSU für die Demokratie und über die Einäugigkeit der wachenden Organe.

Diskussion gab es über die Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbot. Hier wurden auf der

Versammlung auch Stimmen laut, die von einer offenen Auseinandersetzung mehr Erfolg erwarteten, als von einem Verbot. Josefine räumte Verständnis für diese Meinung ein, positionierte sich aber angesichts der nachgewiesenen Verbindungen der NPD zu der Terrorzelle deutlich: „Auf so ein grobes Faul kann es nur eine Antwort geben - die rote Karte!“.

Ein weiteres wesentliche Argument für ein Verbot ist für sie die Finanzierung der rechtsextremen Szene durch die NPD, die durch ihren Parteienstatus und die Rückspenden der Abgeordneten vom Staat mit Geldmitteln ausgestattet wird.

In einem zweiten Teil beantwortete Josefine, die auch stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion ist, Fragen zu der aktuellen Arbeit der Landesregierung und der grünen Fraktion in Düsseldorf.

Wolfgang Pieper gab ihr den Hinweis mit auf den Weg, dass die stark steigenden, aber dringend benötigten Leistungen für Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen nicht weiter allein von den Landschaftsverbänden getragen werden könnten, die sich diese Beträge über ihre Umlage von den Kreisen und den Städten wieder holen würden. Das überfordere deren ohnehin strapazierte Haushalte mehr und mehr,

ohne dass diese die Steigerung der Kosten und der Fallzahlen beeinflussen könnten.

Wolfgang wies darauf hin, dass die kommunale Familie schon seit langem ein Bundesteilhabegeld fordere, d.h. eine Finanzierungsbeteiligung des Bundes an diesen gesellschaftlich wichtigen Aufgaben.

g.k.

Möbel für Anspruchsstelle			Innenausbau Bau- und Möbeltischlerei
Andreas Fiege			
Beratung • Planung • Fertigung • Montage			
☒	Exklusiver Innenausbau	☒	Küchen- und Badmöbel
☒	Einbaumöbel	☒	Schiebetürsysteme
☒	Fenster und Türen	☒	Restaurierung
☒	Massivholzmöbel	☒	Sonderanfertigungen
Berdel 30 • 48291 Telgte			
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89			

Haushalt 2012

Wieso, weshalb, warum – Wer nicht fragt bleibt dumm

Einer der Zankäpfel in den Haushaltsverhandlungen waren die Kosten für Externe Beratungen. Über den gesamten Haushaltsplan verteilt, sind für das Jahr 2012 insgesamt 465.599,78 € vorgesehen. Das ist eine Verdopplung gegenüber 2011 und die Summe verdoppelte bereits den Aufwand von 115.500 € aus dem Jahr 2010.

Ins Auge sprangen besonders 152.000 € für das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK), 40.000 € für ein Gutachten über die Arbeitsabläufe und die Effizienz des Baubetriebshofes, 35.000 € für ein Gutachten über die EDV in der Verwaltung sowie 28.000 € Honorare für die Neuausschreibung der Reinigungsarbeiten in den städtischen Gebäuden.

So befassten sich dann auch zehn Anträge von CDU, FDP und SPD mit genau diesen Posten. Bei den Kosten für das IHEK leistete Wolfgang Pieper in der Finanzausschusssitzung Überzeugungsarbeit und stellte dar, dass ein beantragter Sperrvermerk über die gesamte Summe laufende Prozesse aufhalten und fällige Zahlungen verhindern würde. (Sperrvermerk: Eine Summe wird, mit einem Sperrvermerk versehen, im Haushalt bereitgestellt, kann aber erst ausgegeben werden, wenn der zuständige Ausschuss den Sperrvermerk aufhebt.)

Es wurde ein Sperrvermerk für 92.000 € beschlossen, über den im Laufe des Jahres Stück für Stück nach Darstellung der geplanten Maßnahmen im Bauausschuss entschieden werden soll. 60.000 € können nach der Verabschiedung des Haushalts ausgegeben werden. Damit konnten alle leben.

Die 40.000 € für das Gutachten zum Baubetriebshof wurden gestrichen, ungeachtet der Tatsache, dass die Verwaltung nach einholen von Angeboten

diese Summe auf 15 – 20.000 € reduzieren konnte. Man könnte meinen, dies stünde im Widerspruch zu der bisherigen Linie der FDP, die sich im letzten Jahr intensiv mit den Kosten des Bauhofes befasst hatte. Dieses Jahr nicht!

Allgemeines Staunen verursachte die Summe von 28.000 Euro, die ein spezialisiertes Planungsbüro für die Ausschreibung der Reinigungsarbeiten in den städtischen Gebäuden verlangt. Die Verwaltung erklärt diese Summe mit der, sowohl rechtlich, als auch von der Erfassung des Ausschreibungsgegenstandes her, sehr komplizierten Materie.

Nach Aussage von Herrn Ginski, Leiter des Bauamtes, ist die Ausschreibung von der Verwaltung nicht leistbar, von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) aber dringend angeraten worden. Der Posten wurde gestrichen. Er wird wohl im nächsten Jahr wieder im Entwurf stehen.

Mit einem Sperrvermerk versehen wurden die 35.000 € für das EDV-Gutachten. Hier soll die Verwaltung erst Ablauf und Gegenstand der Untersuchung darstellen.

Ein Antrag steht allerdings noch aus: Die CDU möchte eine Kürzung der Kosten für externe Beratungen im Rat am kommenden Donnerstag noch einmal um 50.000 € kürzen. Allerdings muss sie dafür konkrete Vorschläge machen und die verbleibenden Positionen beziehen sich entweder auf Pflichtaufgaben oder auf Planungen, die die CDU bisher mit getragen hat. Man darf gespannt sein.



Mühle muss weiter bröckeln

Ebenfalls nicht folgen wollten „die anderen“ dem Grünen Antrag, in den Haushalt zusätzlich 30.000 € einzustellen, um das Obergeschoss des Jugendtreffs umzubauen und zu renovieren. Der Antrag war sogar noch unter den Vorbehalt von Fördergeldern gestellt, aber auch das half nicht. Auch 1.500 € für Abfallbehälter zur Sortierung in den Schulen waren zu viel. Mit zusätzlichem Geld für die Reparatur der Wirtschaftswege (69.000) und den Rückbau der Grevener Straße in Vadrup (40.000) war man da wesentlich großzügiger. Immerhin etwas!

g.k.



Blick durch die Windschutzscheibe bleibt

Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Grünen, über einen Vortrag eine/s alternativen Verkehrsplaners/in eine Vorstellung für einen Perspektivenwechsel zur Mobilität in den Rat zu bringen. Unser Vorschlag war, 1.000 € für etwaige Kosten, die Fachleuten, beispielsweise des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), entstehen können, in den Haushalt einzustellen. Sinn der Sache sollte sein, sich selber klar machen zu lassen, unter welchen Aspekten „herkömmliche“ VerkehrsplanerInnen an ihre

g.k.

Ratsinformationssystem fit für die Zukunft

Angenommen wurde der Antrag der Grünen, durch eine Verbesserung des Ratsinformationssystems die Ratsvorlagen nicht nur als pdf, sondern in bearbeitungsfähiger Form bereitzustellen, so dass die gesamten Vorlagen z.B.



Keine Grabenkämpfe bei der Haushaltsdebatte im Telgter Rathaus

Keine Sitzung auf dem Marktplatz

Wie so vieles Andere ist auch einer unserer Lieblingsanträge abgelehnt worden: Der Idee, eine Ratssitzung auf dem Marktplatz abzuhalten, mochten die anderen Parteien nicht folgen. Die FDP bezeichnete sie als den Versuch einer Verlängerung der Straßentheater-tage, die CDU äußerte die Befürchtung, dass die Ratssitzung zur Show verkommt und verwies auf die durchaus ansehnlichen Zuschauerzahlen

bei Sitzungen mit öffentlich diskutierten Themenn. Die SPD mochte schlicht das Geld für den Aufwand nicht zur Verfügung stellen.

Schaa-dee! Wir wären gerne mal rausgegangen und hätten allen gezeigt, und nicht nur gesagt, dass die Sitzungen öffentlich sind. Warten wir halt auf ein weniger lichtscheues Jahr.

g.k.

Aufgaben gehen, und was für alternative Herangehensweisen es gibt, um eben nicht immer „Auto“ zu denken, wenn man „Verkehr“ hört.

Solche Alternativen werden derzeit auf mehreren Ebenen diskutiert und der Rat könnte eigentlich nur profitieren, wenn er einen „anderen“ Blick einmal zuließe. Vermutlich der mittlerweile um sich greifenden Allergie gegen Beratungen ist es zuzuschreiben, dass dieses Ansinnen abgelehnt wurde, obwohl wir inzwischen erfahren haben, dass ein solcher Vortrag mit so gut

wie keinen Kosten verbunden wäre und obwohl wir das auch im Ausschuss berichtet haben. Durchaus denkbar ist auch, dass wir uns die Zustimmung zum Haushalt dadurch „erkaufen“ müssen, dass wir die Ablehnung fast aller unserer Anträge ertragen. Auch das kriegen wir hin. Der Vortrag wird natürlich trotzdem stattfinden. Wir machen einfach eine Veranstaltung daraus. Wenn die anderen Parteien nicht kommen, dann bleibt das eben unser eigenes Ding. Auch nicht schlecht.

g.k.

zungen mit Elektrik-Trick. Einsparungen sind dadurch aber nach Aussage der Verwaltung erst zu erwarten, wenn alle oder fast alle Sitzungsteilnehmer digitalisiert sind.

g.k.

Frieden mit der Sonne

Franz Alt zum Neujahrsempfang

Nicht der Mensch ist der Mittelpunkt, sondern das Leben. Es geht nicht um Anthropozentrismus, sondern um Biozentrismus – so Franz Alt in seiner Ansprache zu Neujahr im voll besetzten Telgter Bürgerhaus. „Eine ökologisch – realistische Tagesschau würde folgende Meldungen verbreiten“: so der polyglotte Journalist: „An einem Tag werden 150 Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. Die Evolution benötigt 30.000 Jahre, um eine Spezies zu erschaffen. Wir produzieren durch unseren Energieverbrauch pro Tag 50.000 ha Wüste, also etwa 65.000 Fußballfelder.“

Wir sind die erste Generation, die dem lieben Gott gnadenlos ins Handwerk pfuscht. Pro Tag gehen 86.000.000 Tonnen fruchtbaren Bodens verloren. Pro Tag werden ¼ Million Menschen geboren.

Die Alternative heißt: Frieden durch die Sonne. Um die wird kein Krieg geführt. Sie hat einen Sicherheitsabstand von 150.000.000 km.

Gibt es eine Ersatzerde? Franz Alt weist diese Idee als absurd zurück: Die Venus hat eine Temperatur von 400° C; der Mars – 270° C. Die Astronomen haben einen Planeten gefunden, der erdähnliche Lebensbedingungen bietet: Es dauert freilich 16 Millionen Jahre, um dorthin zu kommen. Da ist es einfacher, dass wir lernen uns anständig zu benehmen, damit wir weiter hier leben können.

Eine Fotomontage von nasenstein.com verdeutlicht, dass die Erde im Vergleich zur Sonne, wenn wir uns diese als einen Speiseteller vorstellen, gerade mal ein

Sesamkorn groß ist. Der photovoltaische Effekt war schon vor etwa 100 Jahren bekannt. Von ihr kommt 15.000 mal mehr Energie, als wir Menschen verbrauchen können. Wie sind wir mit der Erde, dem „Garten des Universums“ umgegangen?

In den letzten 100 Jahren war die CO²-Konzentration extremer als in den 450.000 Jahren zuvor. Wenn wir alles verbrennen, was heute im Boden ist: Kohle, Gas, Öl, wird es



Quelle: Jörg Sabel / pixelio.de

eine globale Erwärmung von 8° C geben. Was heißt das ?

In den letzten Hitzesommern (2003, 2006) sind 60.000 Menschen eben wegen dieser Hitze gestorben.

Vom ewigen Eis zum „noch“ ewigen Eis. Am Nord- und Südpol kracht es ständig, weil ständig Eis abkracht.

Bangla Desh: Auf einer Fläche so groß wie die Bayerns leben 150 Millionen Menschen.

In Afrika sind derzeit 18 Millionen Menschen (das entspricht fast der EinwohnerInnenzahl ganz Nordrhein-Westfalens) Klimaflüchtlinge: Auf der Flucht, weil es ihnen

zu heiß wird: Und wir? Wir machen die Schotten dicht, lassen sie absaufen.

Der Meeresspiegel steigt ständig. Im Vergleich zur Zahl der Toten auf der Costa Concordia – so zynisch das klingen mag – ist das eine Katastrophe ganz anderen Ausmaßes: Etwa 100 Millionen Menschen auf der Erde – von Singapur über Rio, Hamburg, New York, Kapstadt, Sidney, Hongkong – wohnen direkt am Meer. Sie werden bereits

in absehbarer Zeit durch den steigenden Meeresspiegel in ihrer Existenz bedroht.

Und was machen wir? Wasserfälle bestaunen, die es vor einigen Jahrzehnten z. B. am Nordpol, in Westgrönland



noch gar nicht gab. Wir zerbrechen uns den Kopf darüber, ob 10% Aethanol – Anteil im Benzin unseren Motoren Schaden zufügen können. Franz Alt: „In Rio de Janeiro fahren die Taxifahrer seit Jahren mit 100 % Aethanol-Treibstoff.“ Und die Autos laufen und laufen und laufen.

Die Wasserkraft, der Wind, Biogas – all diese alternativen Energien sind an die Sonne gebunden. Ein Meilenstein: Das Erneuerbare Energien-Gesetz, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in 2000 formuliert und vom Bundestag verabschiedet. Das war der

ökonomische Anreiz, ökologisch zu denken und zu arbeiten.

Mit Folgen: Auf dieser Grundlage arbeiten heute Menschen in Marokko, China und Südafrika. Modell Deutschland. Die können nicht verstehen, dass dem gegenwärtigen Wirtschaftsminister finanzielle Anreize für erneuerbare Energien zu teuer sind, dass dieses Gesetz in den letzten Jahren rund 400.000 Arbeitsplätze geschaffen hat, dass die Einspeisevergütungen dafür um 30% gekürzt werden sollen – eine existenzielle Bedrohung für eine aufstrebende Industrie. Das war nicht der letzte Anschlag, ist sich Franz Alt sicher, den die Atomlobby auf das Gesetz gestartet hat.

Der Anteil von Windkraftanlagen an der Energieversorgung kann in den nächsten Jahren von 3 auf 15% in Nordrhein-Westfalen erhöht werden. Die Höhenbegrenzung eines Windrades auf 100 m ist nicht hinnehmbar. Wer auf solche Erlasse pocht, verfährt nach dem Motto: „Global denken, lokal aufschieben“.

Es hilft auch nicht, wenn die Entwicklungsländer sagen: Erst einmal müssen wir uns wirtschaftlich entwickeln, und dann investieren wir in erneuerbare Energien. Denn das nächste Fukushima ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Anders ausgedrückt: Atomares Restrisiko ist das Risiko, das uns jeden Jahr den Rest geben kann. In Japan sind nach Fukushima von 54 Kernkraftwerken 49 stillgelegt; beim Stromverbrauch wurden 25% gesperrt. In der Nutzung von drei von sechs erneuerbaren Energiearten sind wir Deutschen Weltmeis-



ter: Wasser, Sonne, Wind. Die Solararchitektur ist ausbaufähig. Deutsche Architekten müssen anscheinend lernen, wo Süden ist. 90% unserer Häuser sind Altbauten. Bis zu 80% der Heizenergie verpufft. Schon in 2002 wurde von VW das Ein-Liter-Auto vorgestellt. Technisch also kein Problem, Energiesparen umzusetzen. Das Problem sind die Bosse, nicht die Techniker. In den USA betrachten die Republikaner Klimaschutz als Kommunismus.

Das Szenario der Deckung des Energieverbrauchs 2050: 40% kommen von der Sonne; 30% aus Biomasse (Acker/Wald); 15% aus Wind; 10 % aus Wasser; 5% aus Erdöl.

„Also fangen wir an!“ So das Credo des Fernsehjournalisten. Schon in der Bergpredigt sei nachzulesen, dass die Lösung des Energieproblems am Himmels stehe: „Die Sonne scheint über Gerechte und Ungerechte.“

b.d.

Röwekamp & Stumpe GbR

Tischlerei HANS STUMPE

www.tischlerei-stumpe.de
Telefon 0 25 82 - 66 88 23

SOLAR KONZEPT

- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif
Kamenzstraße 8
48351 Everswinkel

Tel.: (02582) 9022 16
Fax: (02582) 9021 65
www.solar-konzept.net



Kleine Kolumne

Haushalt 2012 mit guten Rahmenbedingungen

Der Haushalt 2011 wurde im Frühjahr des letzten Jahres so intensiv diskutiert wie nie zuvor. Wegbrechende Schlüsselzuweisungen des Landes NRW, immer weitere Einsparungsvorschläge, die Diskussion um ein Haushalts-sicherungskonzept und eine lang anhaltende Unsicherheit, ob es überhaupt Mehrheiten im Rat geben würde, machten das Verfahren zur zermürbenden Langzeitortur.

Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2012, den ich am 14. Februar 2012 dem Rat vorgelegt habe, sehen dagegen deutlich freundlicher aus, auch wenn es leider bei einem Defizit in Höhe von rd. 1,2 Millionen Euro bleibt. Damit ist das Minus um rd. 1,6 Millionen Euro geringer als im Planjahr 2011 – die roten Zahlen werden immerhin kleiner, sie bleiben aber rot.

Hintergrund dieser für 2012 erfreulichen Entwicklung sind solide Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und dem Anteil der Stadt an der Einkommensteuer. Hinzu kommt eine einmalige sogenannte Abmilderungshilfe des Landes, die in diesem Jahr die drastischen Negativwirkungen einer landesweiten Neuverteilung der Schlüsselzuweisungen abfedert.

Aufgrund der gestiegenen Steuerkraft – insbesondere bei der Gewerbesteuer 2011 – ist da-

von auszugehen, dass die Stadt Telgte im Finanzausgleich 2013 und auch für die Folgejahre wieder deutlich weniger Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten wird. Beim größten Ausgabeblock, der an den Kreis abzuführenden Kreisumlage, wird wieder mit einem Anstieg zu rechnen sein.

Trotz der insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen ist es aber gemeinsam gelungen, im vergangenen Jahr nicht nur die laufenden Aufgaben der Stadt vollständig und ordentlich zu erledigen. Es sind vielmehr eine ganze Reihe von besonderen Prozessen eingeleitet oder fortgesetzt worden, die die Entwicklung Telgtes positiv beeinflussen werden.

Ich nenne als Beispiele die Planungen für ein neues Feuerwehrgerätehaus, Planung und Baubeginn für eine Erweiterung der Kindertagesstätte „Abenteuerland“, die Maßnahmen zur Gestaltung des demographischen Wandels, das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept, die Schulentwicklungsplanung, die Entwicklung von Flächenpotenzialen für weitere Gewerbeansiedlungen, die schrittweise Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, das Spielplatzkonzept und einiges mehr.

Mit noch so großen Anstrengungen wird es den Kommunen aber nicht gelingen, ihre Aufgaben vernünftig zu erfül-

len und noch zugleich ihre Haushalte auszugleichen. Wir wirtschaften gar nicht schlecht in der „kommunalen Familie“, aber die Kostensteigerungen – insbesondere die Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderungen, die wir über die Landschaftsumlage und die Kreisumlage mitfinanzieren – rücken die „schwarze Null“ in weite Ferne.

Sparsam, kostenbewusst und effektiv zu arbeiten ist daher das Eine. Ein Anderes ist aber die Erkenntnis: Wir sind Dienstleister für die BürgerInnen unserer Stadt, deren Zukunft wir auch weiterhin gestalten (können) müssen.

Ich bin dennoch zuversichtlich, dass 2012 auch unter Haushaltsgesichtspunkten ein gutes Jahr werden kann.

Ihr

wolfgang pieper

Wo endet die soziale Verantwortung?

Im Zusammenhang mit den Ausschreibungskosten für den Reinigungsdienst haben die Grünen eine Anfrage gestellt, die darauf zielte, die Reinigungsarbeiten durch eigene Kräfte zu erledigen. Die Verwaltung beantwortete dies mit dem Hinweis, dass die Kosten pro Quadratmeter bei eigenen Kräften um etwa 50% höher liegen, als über fremde Anbieter. Der Vermutung, dass dieser Effekt in erster Linie durch schlechte Löhne er-

reicht wird, wurde nicht widersprochen.

Mulmig war dabei wohl allen zumute, denn hier profitiert die Stadt vom Niedriglohnssektor. Anständig wäre es, hier noch einmal eine Vorstoß, möglicherweise zusammen mit der SPD, zu versuchen. Zeit genug ist nun vorhanden. Die für eine Neuausschreibung notwendigen Geldmittel wurden ja gestrichen.

g.k.

Grüne News aus Telgte –

Jede Woche aktuell und auf den Punkt!

Kostenlos per E-Mail.

Anmeldung unter gruenewelle@gruene-telgte.de



Kommunaler Haushalt Ein Kommentar

Der Haushaltsentwurf für Telgte liegt vor. Aufgrund der guten Wirtschaftslage können dramatische Einschnitte sowie weitere Steuererhöhungen vermieden werden. Soweit die gute Nachricht. Aber trotz dieser günstigen Rahmenbedingungen ist der Haushalt bei weitem nicht ausgeglichen. Und die Aussichten für die kommenden Jahre sind eher schlechter als besser.

Der erste Reflex heißt Sparen. Doch wer genauer hinschaut, wird sehen: Wir haben keine Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem! Viele Unternehmen erzielen Rekordgewinne, dennoch: die öffentliche Hand und der Normalverdiener müssen sich immer mehr einschränken.

Hier muss sich dringend etwas ändern. Leistungsfähige Unternehmen und BürgerInnen müssen einen höheren Beitrag leisten. Nur so bleibt der soziale Frieden in Deutschland erhalten und das Leben hier für alle lebenswert. Auch für die Wohlhabenden. Dieses Problem kann aber nicht in Telgte gelöst werden, sondern nur in Berlin.

p.s.

Photovoltaik

Ein Geschenk des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die Sonne.

(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns - kostenlose Beratung vor Ort

elektrotechnik

Heinz Rickhoff
Königstr.7 48291 Telgte
Tel. 02504/1709
Fax 02504/72826
www.heinz-rickhoff.de

Mail: info@heinz-rickhoff.de

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte
FAHRRÄDER 2012

GREENS - Westminster
3-Gang
Nabendynamo **399,- €**



Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder

VOGT

48291 Telgte · Ritterstraße 47
gegenüber der Feuerwehr
Tel. 02504/2196 · Fax 02504/77377
Öffnungszeiten
Tägl. 9–13 u. 14.30–18 Uhr, Sa. 9–13 Uhr
Montagmorgens geschlossen.

Müll vermeiden lohnt sich nicht!

Wer in Telgte viel Müll produziert, zahlt unterm Strich weniger

Wer Müll verursacht, soll hierfür auch bezahlen. Wer viel Müll verursacht, zahlt viel, wer wenig Müll verursacht, zahlt wenig. Hört sich einfach an, sollte man meinen, ist es aber leider nicht.

Für die Abfuhr einer 60 Liter Restmülltonnen zahlen die Telgter Bürger 1,30€ pro Liter. Für die Abfuhr einer 240 Liter Tonne zahlen sie nur 1,05 pro Liter. Dieses bedeutet also 25 Cent weniger pro Liter! So wurde es im Finanzausschuss mit Stimmen der CDU, FDP und SPD Mitglieder beschlossen.

Begründet wird dieses von Seiten der Stadt und den Fraktionen von CDU, FDP und SPD damit, dass ja immer Müllfahrzeuge fahren müssten, auch wenn wenig Müll am Straßenrand stünde. Hierbei wird völlig außer Acht gelassen, dass das Müllfahrzeug natürlich bei der Leerung von großen Tonnen schneller voll

ist, als wenn kleine Tonnen geleert werden und somit öfter Fahrten zu Deponie anfallen. Als weiteres Argument für die Gebührenungerechtigkeit wird angebracht, dass das Entsorgungsunternehmen der Stadt Telgte für die Leerung von großen und kleinen Tonnen den gleichen Grundbetrag in Rechnung stellt. Das stimmt, aber die Stadt ist natürlich nicht automatisch verpflichtet, diese Gebühren 1:1 weiterzugeben.

Gebühren waren und sind seit eh und je ein Steuerungsinstrument und können natürlich in abgewandelter Form weitergegeben werden. Wir, Bündnis'90/Die Grünen, setzen uns ein für ein gerechtes Müllgebührensysteem, bei dem jeder Verursacher gleich stark belastet wird. Dieses ließe sich z.B. erreichen über einen einheitlichen Literpreis, so dass jemand, der 60 Liter Müll produziert, auch 60 Liter

bezahlt und nicht die Verursacher von großen Müllmengen mitsubventioniert.

Leider konnten oder wollten sich die Ausschussmitglieder des Finanzausschusses von CDU, FDP und SPD dieser Forderung nicht anschließen. Sie setzten weiterhin darauf, dass große Mengen Müll bil-

liger sind als kleine Mengen. Außerdem werfen sie den Grünen vor, dass die Politik der Grünen familienunfreundlich sei. Wenn man glaubt, familienfreundliche Politik würde über die Höhe der Müllgebühren gemacht, könnte man versucht sein, dieses so zu sehen. Wir von Bündnis 90 die

Grünen sind davon überzeugt, dass einer Kommune genug Möglichkeiten bleiben, Familienfreundlichkeit zu zeigen. Bündnis 90/Die Grünen Telgte werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Müllvermeider nicht durch höhere Gebühren bestraft werden.



Ist gute Pflege noch bezahlbar?

Die vom Gesundheitsminister verabschiedete Pflegereform war am 15. Februar das Thema eines Informations- und Diskussionsabends mit Maria Klein-Schmeink (MdB), grüne Sprecherin für Prävention und Patientenrechte.

Zu Beginn des Abends erläuterte Klein-Schmeink in einem Kurzvortrag die Notwendigkeit einer Pflegereform, sowie die Idee der grünen Pflege-Bürgerversicherung (http://www.gruene-bundestag.de/cms/pflege/dok/393/393685.eine_fuer_alle@de.html).

Eine stetig anwachsende Zahl von Pflegebedürftigen und eine sich in den nächsten 25 Jahren verdoppelnde Anzahl von Menschen mit demenziellen Erkrankungen und psychisch oder kognitiven Beeinträchtigungen stehen im Gegensatz zum Mangel an Fachpersonal und den Veränderungen von Familienstrukturen.

Die Abgeordnete machte deutlich, dass es nicht länger hinnehmbar ist, dass die Fol-



Maria Klein-Schmeink (MdB) berichtet auf Einladung der Telgter Grünen zur Situation der Pflege

gen für die eklatanten Missstände in der Pflege auf die Pflegekräfte und Familienangehörigen abgewälzt werden. Vielmehr müsse schnellstmöglich eine konsequente und nachhaltige Pflegereform durchgeführt werden.

Frau Karin Fischer (Sprecherin des Demenznetzwerk

Telgte und Leiterin der C.E.M.M. Caritas Sozialstation) bestätigte die dargestellten Problemlagen. Bei der anschließenden Diskussionsrunde mit dem Publikum kamen neben Nachfragen zur grünen Pflegeversicherung verschiedene Aspekte zum Tragen.

Wie kann die Wertschätzung für Pflegetätigkeiten erhöht werden? Hier machte das gesamte Podium deutlich, dass die deutliche Schiefelage des Verhältnisses von Verantwortung, Anforderung, Zeit und Entlohnung von pflegerischen Tätigkeiten ein Problem darstelle. Allein die Entlohnung

zu verbessern ist hier sicher nicht ausreichend. Vielmehr gehe es darum, die Anforderungen an Pflegekräfte und deren gute Arbeit bekannt zu machen. Auch die Frage nach der Bedeutung des Stellschlüssels wurde von den Anwesenden erörtert. Eine Veränderung ist hier für eine Arbeitsentlastung auf jeden Fall zu befürworten. Sabine Grohnert: "Entscheidend ist hier aber auch eine Neudefinition des Pflegebegriffs, bei dem alle Aspekte und Bedürfnisse der zu Betreuenden Personen berücksichtigt werden."

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte Karin Fischer auf die Frage, wie für sie gute Pflege aussehen müsste fest: "Gute Pflege muss individuell, bedarfsgerecht und ohne Druck für den Pflegenden oder den zu Pflegenden ablaufen!"

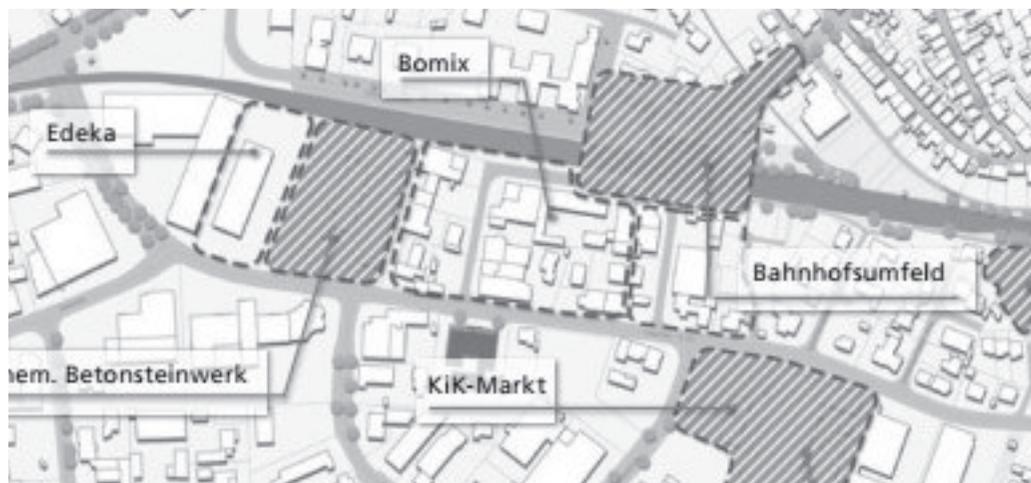
Maria Klein-Schmeink schloss mit den Worten: "Gute Pflege ist machbar. Darum gilt es jetzt die Probleme solidarisch zu lösen."

Auf einem guten Weg – Das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept

Im vergangenen Jahr wurde zunächst in der Politik, später auch in öffentlichen Veranstaltungen der Entwurf eines Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts (IHEK) für Telgte vorgestellt und diskutiert. Hauptanliegen des Konzepts war es, die Altstadt als Lebens- und Einkaufsort zu stärken. Daneben sollten vor allem Lösungen für die städtebauliche Misere am Orkotten entwickelt werden. Mittlerweile ist es ruhiger geworden um das IHEK, man hört nur noch wenig.

Dieser Eindruck täuscht aber, denn hinter den Kulissen wird weiter an der Entwicklung und Umsetzung gearbeitet. Inhaltlich sind einige Fragen geklärt, so ist die Ansiedlung eines großen Lebensmittelvollversorgers mit Tiefgarage am Standort der alten Feuerwache an der Ritterstraße vom Tisch, gesucht wird hier ein „Ankerpunkt“, der Handel, aber auch Wohnen und Gewerbe beinhalten kann, Hauptsache er ist städtebaulich verträglich und zieht Menschen zum Verweilen in die Altstadt. Viele kleine „Baustellen“ werden in Angriff genommen.

So sind – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Politik – 2012 insgesamt fast 300.000 € für den Entwicklungsprozess in der Altstadt und am Orkotten vorgesehen, neben einem Konzept für barrierefreie Zugänge zu Geschäften und öffentlichen Einrichtungen ein Fassadenwettbewerb und mehrere Gesprächskreise mit allen Betroffenen geplant. Zum Glück kann die Stadt hoffen, das meiste Geld wieder als



Quelle: Scholtens & Wachtens / IHEK Broschüre Stadt Telgte

Fördermittel einzuwerben. Für den Orkotten hat der Bauausschuss am 1.12.2011 fast einstimmig – nur die FDP war dagegen – den Entwicklungsprozess durch mehrere Planänderungen auf den Weg gebracht. So wurde das Planungsziel großflächiger Einzelhandel für den westlichen Orkotten (Edeka und Bruens-Gelände) aufgegeben zugunsten „gemischter Baufläche“, hier soll ein Quartier zum Wohnen mit Gewerbe entstehen.

Wir als Grüne würden uns dabei wünschen, dass dort nicht wieder Einfamilienhäuser gebaut werden, sondern bezahlbarer Mietwohnraum für Familien und Singles. Ein Damoklesschwert hängt allerdings noch über diesem Areal. Für das Bruens-Gelände gibt es eine vom Kreis Warendorf positiv beschiedene Bauvoranfrage für den Neubau eines Lebensmitteldiscounters, hier hatte die Stadt kein Mitspracherecht. Zusätzlich ist geplant, hier einen Getränkemarkt zu bauen und den vorhandenen Edeka-Markt zu erweitern. Das würde das

gesamte, mühsam erarbeitete Konzept zur Makulatur werden lassen. Auch wenn man die Beweggründe des Betreibers, Herrn Borgmann, verstehen kann: eine zweite Konzentration großflächigen Einzelhandels würde nicht nur die Chancen der Altstadt auf mehr Kunden ruinieren, sondern auch generell ein riesiges Überangebot an Verkaufsflächen in Telgte produzieren.

Das kann politisch nicht gewollt sein und wir werden entschieden dagegen eintreten. Wir hoffen, dass hier die Gespräche am runden Tisch noch zu vernünftigen Lösungen für Telgte führen.

Vor den letzten Wahlen haben sich die Grünen Telgte noch gegen die Ansiedlung des großflächigen Einzelhandels am Orkotten Ost auf dem Hansen-Gelände ausgesprochen. Auch heute halten wir das nicht für optimal, weil die Risiken für die Altstadt nicht von der Hand zu weisen sind. Wir sind aber mittlerweile der Meinung, dass die Konzentration an einem Ort (mit Edeka, Aldi, Kik und dem bestehen-

den Angebot) - verbunden mit einer Begrenzung der Verkaufsflächen besser ist als ungebremstes Wachstum an zwei Standorten. Auch ist dies die einzige Möglichkeit, am Orkotten-West langfristig ein attraktives Wohnquartier zu entwickeln.

Und auch das elende Geschacher von damals – gibst du mir Baurecht, gebe ich dir Flächen für die Feuerwehr, ist zum Glück vom Tisch. Was wünschen sich die Grünen im laufenden Prozess? Für den Orkotten-West halten wir bezahlbaren Mietwohnraum für das richtige Konzept. Am Orkotten-Ost muss die Übermacht des dortigen Einzelhandels gegenüber der Altstadt durch Begrenzung von Verkaufsflächen und Sortiment im Zaum gehalten werden.

Bei der Suche nach einem „Ankerpunkt“ für die Altstadt darf es fast (Ausnahme großflächiger Einzelhandel) keine Denkverbote geben. Attraktiv wäre sicher eine Kleinmarkthalle mit lokalen Anbietern, wie es z. B. auch in Brandenburg an verschiedenen Stand-

orten untersucht wird. Allein schon die Demographieentwicklung, die prognostiziert, dass in Telgte immer mehr alte Menschen (hoffentlich in der Altstadt – auch hier ein Potential des IHEK) leben werden, zeigt, dass dort wohnraumnahe Einkaufsmöglichkeiten gebraucht werden.

Eines darf man dabei in der Altstadt nicht aus dem Auge verlieren: Das Stadtbild ist das Kapital, mit dem Telgte als Wohn- und Anziehungsort punktet. Weder „Ankerpunkt“ noch die Förderung der Barrierefreiheit etc. dürfen dies aus dem Auge verlieren. Zukunft für Telgte bedeutet nicht nur strategische Fortentwicklung, sondern auch Bewahren des Bewährten. Nur wenn man die Idee der runden Tische ernst nimmt und alle Beteiligten nicht nur anhört, sondern auch mitnimmt im Prozess, kann das gelingen.

c.g.

**Die Gaststätte
für
„Jung und Alt“!
Mit Biergarten**



Inh. Familie Michael Brandes
Emsstraße 25
+ (02504) 6600

- Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwöchige Ruhetage
- Samstags, Sonntags + Feiertage ab 16.00 Uhr Frühstücken

HELLA BONK

Lust auf Steine ...
echten Steinschmuck ...
schöne Perlen ...

Ausgesuchte Qualität zu günstigen Preisen!
Ich freue mich auf Ihren Besuch!

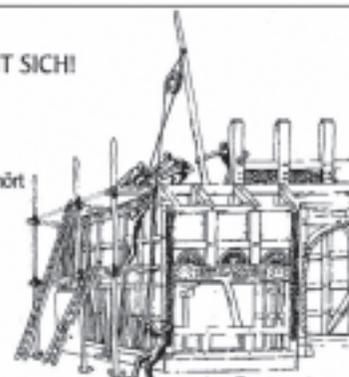
Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (02504) 3326



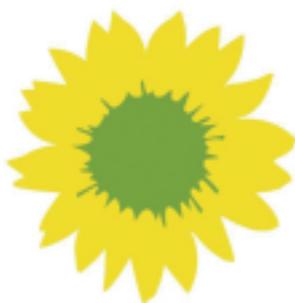
ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört

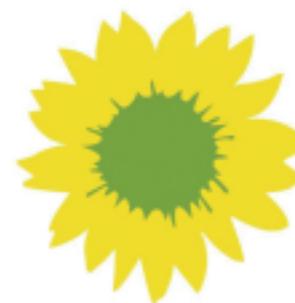
Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte



Landtagswahl NRW 2012



Kein Drama in sieben Akten

Mutige Entscheidung zugunsten guter Politik

Es ist kein Drama, sondern ein Zeichen funktionierender Demokratie, wenn alle Abgeordneten sich zur Auflösung des nordrhein-westfälischen Landtags entschieden haben. Sowohl Hannelore Kraft als auch Sylvia Löhrmann punkteten mit würdevoller und professioneller Unaufgeregtheit, ganz im Gegensatz zu Karl-Josef Laumann, der hämisch bereits vor der Abstimmung das erste Wahlplakat der CDU präsentierte.

In allen Entscheidungsprozessen dieser Regierung war das Bewusstsein über die Abhängigkeit von der Konsensbereitschaft der Oppositionsparteien allzeit präsent auf der Hinterbühne. Ein Befreiungsschlag aus Abhängigkeiten ist erst mal gut und stärkt das Selbstbewusstsein, neue Wege zu gehen. Aber doch schade, dass das Experiment Minderheitenregierung sich als nicht mehr gestaltbar erwies. Schade

de deshalb, weil diese Regierung uns mit dem Schulconsens ein Beispiel zielführender Dialogkultur zwischen politischen Gegnern gegeben hat, wenn es um so wichtiges wie die Zukunft unserer Kinder geht.

Der Mut, umgehend nach der Blockadehaltung gegen den Haushalt nicht kleingeistig an der Regierungsmacht festzuhalten, zeugt vom Gespür für politische Verantwortung der Hannelore Kraft und ihrer Vertreterin Sylvia Löhrmann. Die misslungene Taktik der FDP wirkte nur noch beschleunigend.

Zu guter Letzt haben alle erkannt, dass es sinnlos ist, Zeit und Energie in Kämpfe zu investieren, die mit uneindeutigen Mehrheiten nicht zu gewinnen sind, erst recht nicht in Finanzangelegenheiten. Zu groß sind die Herausforderungen im bevölkerungsreichsten Bundesland, welche der Poli-



Sylvia Löhrmann

tik den ständigen Spagat zwischen Finanznot und der Herstellung möglichst guter Lebensverhältnisse in jeder Hinsicht für alle abverlangt.

Nachdem die Weichen neu gestellt sind, liegt es jetzt an uns Wählern, mit unserem Votum ein eindeutiges Signal zu setzen für die Fortsetzung einer Politik, welche sich den Problemlagen der kleinen Leute ebenso wie dem gesellschaftlichen Wandel in allen Facetten stellt.

g.b.

Auflösung des Landtags

Rot - Grün vor neuer Chance

Manche/r Zeitgenosse/in mag sich am Mittwoch, dem 14. März, verwundert die Augen gerieben haben, als er / sie las, dass wegen einer formalrechtlichen Frage: "Gilt der Landeshaushalt als nicht angenommen, wenn sich in zweiter Lesung für einen Teilhaushalt - z.B. den des Innenministers - keine Mehrheit gefunden hat?" sich der nordrhein-westfälische Landtag nach knapp zwei Jahren rot-grüner Regierung auflöst und es voraussichtlich am 13. Mai (Muttertag) Neuwahlen geben wird.

In lang dauernden, nicht immer öffentlich geführten Verhandlungen, hatte das Bündnis einen Haushalt, den für 2011, durchgebracht und einen historischen Schulconsens erreicht: Ab 2012/13 gehen landauf, landab Sekundarschulen an den Start. In ihnen werden Schüler/innen mindestens bis zur sechsten Klasse gemeinsam unterrichtet.

Das letzte Kindergartenjahr ist gebührenfrei. Arme, bzw. hoch verschuldete Städte und Gemeinden erhalten über eine Neuverteilung zusätzliche Finanzmittel. Vor allem sind dies solche Kommunen, wie Oberhausen und Gelsenkirchen, die durch das Wegbrechen von Industriearbeitsplätzen bei gleichzeitig hohen Verpflichtungen gegenüber sozial Schwachen kaum Gestaltungsspielraum für öffentliche Aufgaben haben. Regenerative Energien werden durch landesgesetzgeberische Maßnahmen gefördert. Die Studiengebühren sind abgeschafft.

Nicht schlecht nach zweiundzwanzig Monaten.

BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN sind optimistisch, dass dieser Kurs beibehalten wird. Vor Ort werden wir uns dafür engagieren, dass auch in Düsseldorf ein wenig so etwas eintritt wie "Telgter Verhältnisse."

b.d.

Jetzt Mitglied werden!

Aufnahmeantrag – Ich will in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied werden

Name Vorname
 Straße, Hausnummer PLZ, Ort (1. Wohnsitz)
 Telefon Mobil E-mail Fax
 Geb. Datum Geschlecht Staatsangehörigkeit Beruf



Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von Euro*. Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

(Zutreffendes bitte ankreuzen): monatlich vierteljährlich jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei.

Ort, Datum und Unterschrift

*Achtung: Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1% des Nettoeinkommens. Im Falle von sozialer Härte kann eine Ermäßigung beim Kreis-/Ortsverband beantragt werden. Mitgliedsbeiträge und Spenden sind übrigens steuerabzugsfähig: bei Beiträgen und Spenden bis zu Euro 1.650,- für Ledige und Euro 3.300,- für Verheiratete zieht das Finanzamt 50% der Spendensumme von der Einkommenssteuer ab. Weitere Euro 1.650,- (3.300,- für Verheiratete) werden vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Eine Spendenquittung verschicken wir automatisch jeweils am Anfang des folgenden Jahres.